

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

85 (15.3.1924) Morgenausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Anzeigenberechnung: für die neungefaltene Nonpareille oder deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig, Restameiseile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12 Goldpfennig. Nachmittags nach Tarif. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanstöße: Geschäftsstelle Nr. 18, Verlags Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Hauptgeschäftler Nr. 19, Postfachkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftl., badischen u. lokalen Teil: Helm. Gerhardt; für Feuilleton: G. Weid; für „Pyramide“: Karl Zoho; für Inserate: G. Schriever, fam. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Alh. Jäger, Berlin-Lantow, Mozartstraße 37, Telefon: Zentrum 423. Für unerlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Die großheffische Gefahr Die Bedeutung von Mainz.

(Von unserem rheinischen Berichterstatter.)

In Händen des Reiches bedeuteten Mainz und die Mainlinie die festen Klammern für Deutschlands Einheit, Kraft und Stärke. Kulturell, wirtschaftlich und staatspolitisch ist hier der Übergang von Norden und Süden, in dem sich zugleich die Einflüsse von Osten nach Westen und umgekehrt kreuzen. Auf der anderen Seite aber ist hier zugleich das Eingangstor für jeden Gegner, der von Westen her die Einheit des Reiches sprengen und die Balkanisierung Mitteleuropas vorbereiten will. Nach Mainz zielen daher die ersten und wichtigsten Stöße, die das Frankreich der Bourbonen, der Revolution des Kaiserreichs und der Republik gegen Deutschland führte. Am Vortage von Weissenburg noch verlangte im Jahre 1870 die französische Regierung ausdrücklich in Petersburg die „Rückgabe“ dieser wichtigen Stadt, deren Festungswerke das linke Rheinufer sichern und zum offenen Glacis Frankreichs umformen. Mainz war vor allem das Ziel, das auch die Regierung Clemenceaus in all den schweren Kriegsjahren festhielt, und nach Mainz zuerst warfen sich die französischen Truppen, als ihnen die Novembertage des Jahres 1918 den Eintritt in Deutschland gestatteten.

Zugleich aber kamen betanullich mit den Truppen selbst die Vorkämpfer der französischen Kultur- und Wirtschaftspröpaganda, die ihr Hauptquartier ebenfalls in Mainz aufschlugen. Es kamen vor allem die Schwärmer und Werber, die Deutschland nach alten, wohlüberwägten Vorbildern von innen heraus zermürben und zerparzellen sollten. Wie in den Tagen des ersten Rheinbundes von 1806, da sich der Mainzer Kurfürst zur Rettung der deutschen Überfahrt aufwarf und wie damals, als der Weltkaiser Georg F. O. R. die Mainzer „Klubkisten“ zum Anstich an die neue französische Republik führte, glaubte man von Mainz aus den Norden Deutschlands vom Süden und den Osten vom Westen Deutschlands abspalten zu können. Ein und her wogt nun seit fünf Jahrzehnten der Kampf, und allen einschichtigen Parteiführern, Politikern und Wirtschaftsführern ist die Gefahr deutlich genug, die hier im Herzen Deutschlands heranwächst. Nur im unbekanntesten Lande hält sich hartnäckig der Glaube an die Möglichkeit einer Ummantelung und an eine Kurbereinigung der Staatsgrenzen, in die das neue Reich Bismarcks seit 1866 hineingewachsen ist. Ganz im Sinne der französischen Propaganda denkt man in Darmstadt und Kassel, in den beiden Hauptstädten der altheffischen Lande, an eine Neuschöpfung, die „den Frieden der Welt und die Verbrüderung der Völker vermitteln“ könnte. Aus föderalistischer Spielerei wächst die großheffische Gefahr heran, die im ganzen großen Deutschland nicht ernsthaft genug genommen werden kann.

Den Anfang machten schon 1919, als die ersten Hoffnungen auf eine rheinische Republik verfliegen. Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Umgebung des ehemaligen Großherzogs, in deren Sinne damals ein bekannter heffischer Historiker für ein „rheinfränkisches“ Großheffien eintrat. Seit dies Programm erschien, wollten und wollen die Pläne von der Wiederherstellung eines Reiches nicht enden, das vor vier Jahrhunderten unter Philip dem Großmächtigen das heutige Rheinheffien, Oberheffien und das spätere Kurheffien umfaßte! Von Kassel bis in den Rheingau hinein soll sich zwischen Nord- und Süd-Deutschland ein neues Staatsgebilde erheben, das in Wahrheit doch nur trennend wirken kann. Im Binnendeutschland allerdings hört man nicht allzu viel von diesen Bestrebungen, da man in Kassel und Darmstadt sich wohl hütet, die letzten Ziele der Kritik der Zeitgenossen preiszugeben. Man wartet geduldig auf günstige außerpolitische Gelegenheiten, die sich in der Zeit in den schweren Wintertagen dieses letzten Jahres, unmittelbar nach Abbruch des Ruhrkampfes, zeigten.

Dem engeren Kreis großheffischer Föderalisten stellte sich damals die großheffische heffische Sozialdemokratie zur Seite, die, wie mehrfach bereits erwähnt, einen lauberen Plan über die Erklöpfung eines „rheinfränkischen Volksstaates“ vorlegte. Aber schließlich blieb auch das Epifode, und nur auf dunkleren Armenen suchen noch heute die Drahtzieher ihre Politik fortzusetzen. Gefährlicher bleibt die Despropaganda des „heffischen Volksbundes“, der in seiner „heffischen Zeitung“ von Kassel aus allwöchentlich das ganze künftige „Großheffien“ mit seinen Phantasien überflutet; gefährlich vor allem deshalb, weil seine Publizisten gedankenlos und doch mit voller Wucht dieselben Redensarten, Wortgebilde und Ideen aufnehmen, die die französischen Propaganda planmäßig seit fünf Jahren im besetzten Gebiet und weit ins Ausland hinein verstreut!

Wer die Renanisten die „französischen Senke“ kennt, findet sie wörtlich wiederholt, wenn hier

u. a. in der Nummer vom 1. März festgesetzt wird, daß „das rheinische Blut aus heffischen, römischen und germanischen Quellen zusammengefloßen“ ist! Was die französische Geschichtsschreibung nur noch jaghaft festhalten mag, wird hier als Tatsache wiederholt, daß „die ältesten germanischen Bestandteile des konsolidierten Rheinländerntums geschichtlicher Zeit“ bereits „kulturell stark unter heffischem Einfluß“ standen! Im Gegensatz zu dieser Blutmischung, die

halb und halb nach der Darstellung der „heffischen Zeitung“ bereits ins Romanische spielt, stellt der heffische Volksbund den Einfluß Preußens, den er als eine „künstliche Aufspaltung stammfremder, norddeutscher Art“ hinstellt. Die „gut nachbarliche Anerkennung französischer Art“, so meint das üble Heffblatt, und die Verströmung gegen Preußen führen das Rheinland den sichersten Weg zur bewußten Pflege bodenständiger rheinischer Kultur im rheinischen Volkstamm.

Neuwahlen am 4. Mai.

(Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt.)

Noch schneller als man erwarten konnte, hat sich die Frage entschieden, wann die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden werden. Heute Nachmittag hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, die sich neben den laufenden Regierungsgeschäften auch mit dieser Frage beschäftigte. Die Auswahl am Sonntag war für die Reichsregierung nicht allaugroh, nachdem sich die Reichstagsverhandlungen soweit hinausgezogen hatten, daß mit Rücksicht auf die besetzten Gebiete Wahlen am 6. April nicht mehr möglich waren. Die darauffolgenden Sonntage kamen wegen der kirchlichen Feiertage nicht in Betracht. Die letzte Möglichkeit vor Ostern noch zu wählen, war geschwunden, nachdem in seiner letzten Sitzung am Donnerstag der Reichstag den Antrag der bayerischen Volkspartei, am Samstag, den 12. April zu wählen, abgelehnt hatte, weil die sozialdemokratische Forderung, daß die Lohnausfälle dieses Arbeitstages durch den Reichsäckel bestritten werden müßten, nicht erfüllt werden konnte. So blieb, wenn man die Wahlen entgegen dem Willen des Volkes nicht ins Endlose verschieben wollte, nur noch der 4. Mai übrig.

Der Erlass des Reichspräsidenten wird das Zeichen zum offiziellen Wahlkampfbeginn sein. Wenn man auch schon ungefahr erkennen kann, unter welchen Parolen der Umsturz der Parteien sich vollziehen wird, so wird die gebundene Marschroute für das Wahlprogramm, die Gruppierung innerhalb der Parteien, sich doch erst auf den Parteitag ergeben. Fast alle Parteien werden schon in der nächsten oder übernächsten Woche zusammentreten. Die deutsche Volkspartei in Hannover, die Deutschnationalen in Hamburg, die Demokraten in Weimar und die Sozialdemokraten in Berlin. In der Karwoche wird der Wahlkampf nicht ruhen. An der Tatsache, daß dies der Fall ist, obwohl der Reichstag sich für Ruhe während der Karwoche eingestellt hatte, wird amtlich mitgeteilt: Die Stellungnahme des Reichsrats zu der vom Reichstag beschlossenen Einschränkung der Wahlverfahren während der Karwoche, besonders während der Karwoche, ist in der Presse vielfach dahin ausgelegt worden, als habe der Reichstag den Reichstagsbeschlüssen seine Zustimmung verweigert und damit das Gesetz zum Scheitern gebracht. Dies ist nicht zutreffend. Der Reichstag des Reichstags ist nur mit einfacher Mehrheit gefaßt worden. Da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelte, wäre Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Mangels Erfüllung dieser Voraussetzung liegt ein gültiger Gesetzesbeschluss des Reichstags überhaupt nicht vor, und für den „Reichstag“ damit die Möglichkeit, zu den Beschlüssen des Reichstags Stellung zu nehmen. Er hat lediglich von den Reichstagsbeschlüssen Kenntnis genommen.

w. Berlin, 14. März. (Drahtber.) Der Reichspräsident hat auf Grund des § 6 des Reichswahlgesetzes verordnet, daß die Neuwahlen zum Reichstag am 4. Mai stattfinden.

Der Reichswahlleiter.

w. Berlin, 14. März. (Drahtber.) Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Statistischen Reichsamts beauftragten Ministerialrat Dr. Waagemann und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamtes Oberregierungsrat Meisinger ernannt.

Die französische Presse zur Reichstagsauflösung.

Paris, 14. März. (Via Drahtber.) Die Auflösung des Reichstags wird von den Blättern noch wenig besprochen. Der „Gaulois“ schreibt, es sei achtzeit, zu fragen, ob die Entscheidung des Berliner Kabinetts nicht ein neues deutsches Mandat verberbe, ob die Reichstagsauflösung nicht etwa den Zweck verlor, der neuen Revolution, die die Allierten vorzuschlagen würden, die Unnahelbarkeit des neuen Parlamentes gegenüberzustellen, das viel nationalföhrlicher sei als das bisherige. Die augenblickliche innere Lage scheine in der Tat daraufhin zu weisen.

daß die Wahlen eine Tendenz für die Politik der Rechten ergeben werde. „Gaulois“ zieht aus dieser Lage den Schluß, man müsse infolgedessen zunächst die Finanzkrise beschwören, die Frankreichs Wirtschaftstätigkeit lähme und außerdem fordern, daß die Sicherheit Frankreichs gewährleistet werde. Die Kommentare der Berliner Korrespondenten der französischen Blätter sehen ebenfalls eine bedeutende Veränderung für die Rechte und die Kommunisten als Ansagna der kommenden Wahlen voraus.

Der Sonderauschuß duldet die Repressalien.

Speyer, 14. März. (Drahtber.) Die interalliierte Sonderkommission erklärte zur Frage der Repressalien bei der Besprechung mit den Vertretern der Städte und der Bezirksämter, daß für sämtliche Delikte der Separatisten, die nach dem 18. Februar 1924, also nach Abschluß des Speyerer Abkommens, begangen worden sind, die deutschen Gerichte zuständig seien. Ebenso für gemeine Verbrechen nicht politischer Natur, die vor dem 18. Februar 1924 von Separatisten begangen worden sind. Jedoch müssen die Straftaten vor Einleitung des Verfahrens den in Betracht kommenden Bezirksdelegierten vorgelegt werden.

Gegen die von der französischen Besatzungsmacht gegen die pfälzliche Bevölkerung nach Abschluß des Speyerer Abkommens ergriffenen Repressalien, besonders in Firmasens und Dürkheim, legten der Kreisaußschuß und der stellvertretende Regierungspräsident bei dem interalliierten Sonderauschuß föhrlichen Protest ein auch gegen die Einleitung des kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen eine Anzahl von Pfälzern, die wegen ihrer Weigerung gegen die Separatisten verhaftet worden sind.

Der Sonderauschuß erklärte, daß er diese Maßnahmen der Besatzungsmacht nicht als Repressalien anerkennen könne, daß diese Maßnahmen von den Militärs zur Sicherung der Besatzungstruppen ergriffen worden seien und daß er daher in dieser Frage nicht zuständig sei.

Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in der Pfalz.

Paris, 14. März. Nach einer Havasmeldung aus Speyer hat der von der Rheinlandkommission eingeseht interalliierte Untersuchungsausschuß seinen den Bischof von Speyer und den Vorsitzenden des evangelischen Konsistoriums empfangen. Am Mittwoch begab sich der Ausschuß nach Firmasens, wo er mit verschiedenen Persönlichkeiten Rücksprache nahm und die gleiche Enquete veranlaßte wie in Speyer. Von Firmasens wird sich der Ausschuß nach Kaiserslautern begeben. Bis jetzt — sagt Havas hinzu — hat der Ausschuß nur mit Beamten Rücksprache genommen. Er wird auch Besprechungen mit verschiedenen pfälzischen Industriellen haben.

Die Gefährdung Danzigs durch polnische Munitionslager.

Genf, 14. März. (Drahtber.) Der Völkerbundsrat begann heute in die Veranung des Streitess über den künftigen Lagerplatz für polnische Kriegsmunition und Explosivstoffe auf Danziger Gebiet. Der polnische Vertreter erklärte sich mit der Habinsel Weiserplatte einverstanden, erhob jedoch Widerspruch gegen die finanziellen Verpflichtungen, die Polen dabei eingehen soll. Diese müsse die Stadt Danzig übernehmen. Der Danziger Senatspräsident nahm heute in eindrucksvoller Rede, die allenthalbigen Beifall fand, die irtlichen, juristischen und allgemeinen Gründe dar, aus denen die Stadt Danzig den polnischen Munitionslagerplatz ablehnen müsse und insbesondere die finanziellen Verpflichtungen nicht tragen könne. Auch bilde das Munitionslager eine ständige Gefahr für die Einwohner der Stadt. Der französische Vertreter suchte die Ausführungen Salmus zu widerlegen. Nach längerer Debatte konnte eine Einigung nicht erzielt werden, so daß die Weiterbehandlung der Angelegenheit vertagt wurde.

Nicht nur der französische Geist in seiner heutigen Gestalt, sondern vor allem auch die „künstliche norddeutsch-preussische Geistesform“ soll diesem deutschen Lande fremd sein. Pflege einer individuellen Rheinlandkultur ist daher Wunsch und Absicht dieser wohlwollenden Beratung, die in Wirklichkeit doch nur der französischen Propaganda Vorspann leistet. Der großheffischen Gefahr, die in den beiden Zweigen sozialistischer Richtung und bürgerlicher Phantazerei fortlebt, stellt sich hier als härtestes Bindeglied der auflösende, zerlegenden Föderalismus zur Seite, den nur der Dagegen Freuden treibt — gleichgültig, ob er damit das besetzte Gebiet wehrlos der französischen Propaganda und damit einer Internationalisierung ausliefert, die nur zur Knechtenschaft führen kann. Wer die grohen Richtlinien betrachtet und abwägt, die sich in Mainz rheinabwärts und aufwärts von Osten und Westen kreuzen, wird die ungeheure Gefahr nicht übersehen dürfen, die in diesen scheinbar plan- und zwecklosen Phantasien liegt!

Die Ersparnis durch den Personalabbau im Reiche.

Es ist außerordentlich interessant, daß der preussische Finanzminister im Landtage anlässlich der Beratung der preussischen Personalabbauverordnung Zahlen genannt hat, aus denen man auf eine beträchtliche Ersparnis infolge des Beamtenabbaues schließen könnte. Nach seinen Angaben sollen im Reiche bisher etwa 200 Millionen Mark gepart sein und in Preußen jährlich etwa 80 Millionen Mark gepart werden. Das würde, da im Reiche erst etwa 15 Prozent der Beamten abgebaut sind, bet 25 Prozent in 4 Monaten rund 330 Millionen und in 12 Monaten rund 990 Millionen Mark ausmachen. Wie diese Summen aber zusammen kommen sollen, ist völlig unverständlich, wenn man die Ansätze des Reichshaushalts 1924/25 für die Beamtengehälter daneben hält. Denn dieser Vorschlag fordert für die gesamte Beamtenstaffel des Reiches einschließlich Pensionen nur 450 Millionen Mark und ohne Pensionen sogar nur 250 Millionen an.

Wenn man sich ein richtiges Bild von dem finanziellen Abbauergebnis im Reiche machen will, dan muß man inntematisch vorgehen und Beamtenzahlen und Besoldungsaufwand einer genauen Prüfung unterziehen. Man kommt dann zu folgendem Ergebnis:

In der Hoheitsverwaltung — Post und Eisenbahn, die sich selbst erhalten, sind ausgenommen — befanden sich nach dem Vorschlag fürs Rechnungsjahr 1923, also vor dem Abbau, 111 648 planmäßige Beamte, 9230 beamtete Hilfskräfte und 81 694 nicht beamtete Hilfskräfte, zusammen also 207 572 Personen. Der jährliche Besoldungsaufwand für die 120 878 planmäßigen Beamten und beamteten Hilfskräfte errechnet sich nach den heutigen Gehältern auf etwa 250 Millionen Mark, d. h. auf 5 Prozent der Vorschlagssumme von 5072 Millionen Mark für 1924/25. Für die nichtbeamteten 81 694 Hilfskräfte kann man mit einem Besoldungsaufwand von 125 Millionen Mark im Jahre rechnen, so daß also der Gesamtaufwand an Personalkosten für das Reich sich auf jährlich 375 Millionen Mark, d. h. 7,5 Prozent der Ausgaben, belaufen würde.

Nun sollen durch die Abbaumaßnahmen 25 Prozent des Personals ausgehoben werden, im ganzen also etwa 50 000 Personen. Verteilt man den Abbauprozentfuß gleichmäßig auf Beamte und nichtbeamtete Kräfte — letztere werden aber sicherlich stärker betroffen werden —, dann ergibt sich eine Bruttoersparnis an Gehältern der planmäßigen Beamten und beamteten Hilfskräfte von 62,5 Millionen Mark und der nichtbeamteten Hilfskräfte von 31,25 Millionen Mark. Das wären im ganzen 93,75 Millionen M. im Jahre. Da aber in den weitaus meisten Fällen nicht die ganzen Gehälter, sondern nur die Differenzen zwischen den Aktivitätsgehältern und den zu gewährenden Pensionen und Wartegeldern gepart wird und man die Versorgungsgehälter wohl mit durchschnittlich 1/2 bis 2/3 der aktiven Gehälter in Ansatz bringen muß, beträgt die wirkliche Ersparnis m. E. höchstens 35-45 Millionen Mark, d. h. durchschnittlich 1 Prozent der gesamten Reichsausgaben.

Es soll angenommen werden, daß Minister u. Richter keine Zahlen bona fide ja optima fide vorgetragen hat. Aber bei der von mir aufgemachten Rechnung ist ein Zusammenkommen an irgendeinem Punkte ganz unmöglich, und man könnte, selbst wenn man die Betriebsverwaltungen mit heranzöge, nicht zu einer Annäherung kommen. Dort liegen die Verhältnisse nämlich folgendermaßen: Bei Post und Eisenbahn waren nach dem Vorschlagsabbaue 652 350 planmäßige, 113 349 außerplanmäßige Beamte (beamtete Hilfskräfte) und 597 849 nicht beamtete Hilfskräfte vorhanden, deren Besoldungsaufwand sich für die beiden ersten Gruppen auf 1222 Millionen Mark und für die letzte auf 900 Millionen Mark, im ganzen 2122 Millionen Mark im Jahre beläuft. Stellt man dieselbe Berechnung wie bei den Beamten pp. der Hoheitsver-

Letzte Nachdienstmeldungen siehe Seite 3.

waltung an, so wird bei einem Gesamtabbau von rund 340 000 Personen eine Bruttoerparnis von 525 Millionen M. im Jahre erzielt, der eine wirkliche Ersparnis von etwa 200 bis 250 Millionen Mark gegenübersteht.

Wenn ich nunmehr zusammenfasse, dann werden nach meiner Rechnung bei der Hoheitsverwaltung etwa 40 Millionen und bei den Betriebsverwaltungen etwa 225 Millionen M., d. h. im ganzen 265 Millionen Mark jährlich gespart. Dem gegenüber erscheint eine Ersparnis von 200 Millionen Mark in 4 Monaten gänzlich unmöglich, und es läge wirklich im Interesse nicht nur der Beamtenschaft, sondern

auch der Allgemeinheit, wenn die zuständigen Stellen im Reich die Öffentlichkeit baldigt darüber aufklärten, auf welcher Grundlage die Zahlen errechnet sind, die Herr v. Richter im preussischen Landtag zum größten Entzweien aller Sachkundigen bekanntgegeben hat. Schon jetzt muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Öffentlichkeit erkannt sein wird, wie wenig von diesen Zahlen auf dem reinen Beamtenabbau zu sitzen bleiben wird und daß damit meine Ansicht, der Nutzen des Beamtenabbaues liege auf einem ganz andern als dem finanziellen Gebiet, voraussichtlich bestätigt werden wird.

fiens davon, daß der Landtag voraussichtlich nicht mehr zusammentrete.

Rechtsanwalt Holl behauptet, er werde den Hauptmann Röder von der Landespolizei zur Vernehmung über die Versammlung in der Fürstenstraße laden lassen. Seiffert erklärte, Röder sei aus der Landespolizei ausgeschieden und es schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen grober Pflichtverletzung absolut unzureichend sei die Behauptung, er sei aus Gründen entlassen worden, die mit der vorliegenden Frage zusammenhängen. Auf die Frage, ob er in der Nacht auf den 9. November seiner Frau telephoniert habe, daß er Reichspolizeiminister geworden sei, teilt Seiffert mit, er habe seine Frau angerufen, es sei eine fürchtbare Sache passiert. Hitler habe seinen Putz gemacht, eine neue Reichsregierung ausgerufen und ihn zum Reichspolizeiminister ernannt.

Seine Frau sei ganz entsetzt gewesen. Er habe sie aber mit den Worten beruhigt, daß er bei seinen Freunden in der Fürstenstraße sei. Im übrigen lehnte es Seiffert auf das Entschiedenste ab, künftig derartige Fragen überhaupt zu beantworten, worauf sich Rechtsanwalt Holl beschwerte, daß ihm der Zeuge in einer solchen Weise gegenüberträte. Die Frage, ob er dem

Kapitänleutnant Ehrhardt

einen Ausweis ausgestellt habe, daß er nicht verhaftet werden dürfe, klärt der Rev. dahin auf, daß Ehrhardt nach München durchfahren wollte u. ihn um einen Ausweis gebeten. Nürnberg-Polizeibeamte vielleicht nicht wissen konnten, daß infolge Entlassung der Republikdienstgeheime sein Aufenthalt in Bayern gestattet sei. Nach Erledigung untergeordneter Fragen erklärte schließlich die Verteidigung, auf weitere Fragen an Seiffert zu verzichten.

Die Verteidiger bitten nun nochmals dringend, daß die Beweisaufnahme nicht vorzeitig geschlossen werde, sondern den Beweisanträgen der Verteidigung in ausgiebiger Weise stattgegeben werde, weil es sich für die Angeklagten um ihre Freiheit, ihre Ehre und ihren Beruf handele. Der Vorsitzende erklärte, daß Beweisanträge selbstverständlich angefaßt werden sollen, soweit sie zur Sache nötig sind, nicht aber überflüssige. Dann erwiderte die Verteidiger nochmals um Haftentlassung Dr. Fricke und des Oberleutnants Brüdner.

Um 6.15 Uhr verkündet das Gericht folgenden Beschluß:

1. Der Zeuge Loffow, der sich ohne Erlaubnis vor Abschluß seiner Vernehmung aus dem Gerichtssaal entfernt hat, wird zur Tragung der durch seine Entfremdung verursachten Kosten und zu

einer Geldstrafe von 10 Mark, ersatzweise ein Tag Haft, verurteilt,

2. Es wird die neuerliche Ladung des Zeugen Loffow auf Samstag vormittag 8 1/2 Uhr beantragt.

Das Gericht gibt hierauf weiter eine Liste der in den nächsten Sitzungen zu ladenden Zeugen bekannt, darunter für Samstag vormittag Gehelmer, Dr. Böberl, Hauptmann Verchem, Professor Bauer, für Montag Staatsrat Dr. Wittlinger, Kapitänleutnant Ehrhardt, Korvettenkapitän Kauter, Rechtsanwalt Ruffbaum, Major Jungling, Admiral Scheer und Graf Soden.

Nächste Sitzung Samstag vormittag 8 1/2 Uhr.

Die englischen Rüstungsausgaben.

London, 14. März. Das Unterhaus debattierte gestern über die Ausgaben der Meeresverwaltung für das Rechnungsjahr 1924/25, die insgesamt 54 Millionen Pfund beansprucht. Kriegsminister Wilson erklärte, die Vorkaufsgegenstände seien bereits vorbereitet gewesen, als er sein Amt übernommen habe und verkündete, daß die Politik seines Vorgängers, die Gesamtzahl der englischen Truppen, wie sie für das kommende Jahr vorgesehen werde, betrage 152 600 Mann (ohne Kolonialtruppen). Der Kriegsminister fuhr fort, wenn auch das Ende der deutschen Bedrohung (1) die englische Meeresflotte jetzt automatisch geregelt habe, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß England große Kolonien in Uebersee besitze, die es nicht ganz ohne Schutz lassen dürfe. Es sei natürlich vollkommen un-

möglich, die Zukunft vorher zu sehen und deshalb müsse es der Regierung unbenommen bleiben, bei irgend einem unvorhergesehenen Wechsel in der internationalen Lage andere Bestimmungen zu treffen. Der britische Generalstab habe die Pflicht, mit jeder militärischen Eventualität in irgend einem Gebiete zu rechnen.

Englische Urteile über die Lage des Franken.

London, 14. März. (Draftsber.) Die Erbfolgerschaft des Franken findet allgemein große Beachtung. Neuer meldet aus Paris über die französischen Sicherheiten für die amerikanische Anleihe, es werde behauptet, daß die französische Regierung eine Ruine gezeichnet habe, den Bericht der Sachverständigen annehmen. — „Daily Chronicle“ betont, daß die Unterhaltung einer entwerteten Währung durch auswärtige Kredite nur eine zeitweilige Maßnahme sei. Das Blatt hebt hervor, daß die großen französischen Fabrikanlagen, die in der heutigen Politik mehr zählen als früher, für eine Währungsreform von größter Wichtigkeit seien. — „Daily News“ schreiben: In Frankreich sei die Verbesserung des Franken mit einer Klug optimistischen Rundschau begründet worden. Die französischen Politiker und Journalisten redeten bereits, als ob die Gefahr überwunden sei, als ob sie durch irgend ein Wunder des gallischen Genies überwunden worden wäre. Die französische Regierung dürfe jedoch nicht in dem Glauben gefangen werden, daß Großbritannien und Amerika sie aus ihren unaufrichtigen Schwierigkeiten herausziehen könnten, ohne eine entsprechende Anstrengung auf ihrer Seite. England könne selbst wenn es wollte, künftig eine Unterstützung Frankreichs durch Kredite oder Anleihen nicht unbegrenzt fortsetzen.

Die Auslandskredite für Frankreich.

London, 14. März. (Ein Draftsber.) Ueber die internationale Situationsaktion für den Franken liegen heute folgende Nachrichten vor. Die Bank von Frankreich hat in London ein Guthaben von 4 Millionen Pfund erhalten. Zwei andere Bankgruppen, die direkt der französischen Regierung 5 bzw. 6 Millionen Pfund angeboten hatten, verlannten statt der von Frankreich angebotenen Deduna durch fiktive Schatzanweisungen die Deduna durch Gold.

Poincaré's Angst vor deutschen Finanzmännern.

Berlin, 14. März. Die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten, daß am 1. März eine Versammlung von Vertretern deutscher Banken im Hotel Adlon stattgefunden und genaue Instruktionen vom auswärtigen Amt erhalten habe, widerspricht, wie amtlich mitgeteilt wird, den Tatsachen. Vom auswärtigen Amt sind niemals Instruktionen an Private gegeben worden. Ebenso wird von der Direktion des Hotels Adlon mitgeteilt, daß niemals eine solche Versammlung von Vertretern deutscher Banken im Hotel Adlon stattgefunden habe.

Der Vertrag Frankreichs mit der Badischen Anilinfabrik.

Paris, 14. März. Der Kriegsminister hat gestern in der Kammer den vom Senat abgelehnten Gesetzentwurf über die mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossene Konvention betreffend Verhellung von industriellen Ammoniak eingbracht.

Die Westschlichtung der Pariser Presse.

Paris, 14. März. Die kommunistische „Gummitte“, die vom 5. 12. 1923 bis zum 18. Januar 1924 täglich aus den nachgelassenen Korrespondenzen des russischen Finanzministers Rasfalomitsch in Paris den Beweis finanzieller Bestechungen führender Organe der französischen Presse zu der Regierung hat erbringen wollen, beginnt mit einer neuen Serie von Enthüllungen. Im Mittelpunkt dieser Enthüllungen stehen wiederum Berichte Rasfalomitschs. Heute wird vor allen Dingen der „Matin“ genannt.

Der Vatikan und der Völkerbund.

Paris, 14. März. Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus Rom meldet, ist am 13. März der Völkerbund nicht das mindeste von dem vatikanischen Regierung angeschriebenen Vatikan, die weltliche Unabhängigkeit des Vatikan durch den Völkerbund garantieren zu lassen.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Freitagnachmittagssitzung.

München, 14. März. Um 3.10 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende erklärte, das Gericht habe in Erwägung gezogen, ob gegen den Angeklagten Hitler nicht eine Strafe auszusprechen sei wegen seiner Ausfälle gegen den Zeugen Loffow. Selbstverständlich könnte bei der Schwere des Angriffs nicht von einer Geldstrafe, sondern nur von einer Freiheitsstrafe die Rede sein. Aber, nachdem sich Hitler ohnedies in Haft befindet, wäre eine solche Strafe nur von geringem Wert. Er mahnt Hitler, sich Wäßigung anzuerkennen, da sonst das Gericht gezwungen wäre, um die weitere Durchführung des Verfahrens ohne Störung zu ermöglichen, eine Abtrennung des Verfahrens gegen Herrn Hitler vorzunehmen.

Rechtsanwalt Röder erklärte: Zwischen dem Hitler, der hier steht und mit jeder Faser seines Herzens für seine Ehre kämpft und dem Zeugen, der heute vormittag in herausfordernder Weise mit dröhnender Stimme den Saal erfüllte, besteht doch ein Unterschied. Der Zeuge habe nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Verteidiger in scharfer Weise beschimpft. Das Gericht habe ihn selbst wiederholt zurechtgewiesen und verschiedene Verteidiger hätten sich beschwert. Wenn der Zeuge dem Hitler wiederholt den Vorwurf des Ehrenwortbruchs ins Gesicht schleudert, sei es dann unangebracht, wenn Hitler sagt: „Sie, Herr Zeuge, haben selbst Ihr Ehrenwort gebrochen!“ Hitler habe nicht aus der Luft gegriffen, daß der Zeuge sein Wort gebrochen habe, sondern, daß hier tatsächliche Grundlagen bestehen, sei auch vom Gericht anerkannt. Er werde diesem ein Beweisangebot übergeben, das sich auf namhafte Persönlichkeiten stütze, deren Glaubhaftigkeit in jeder Weise feststehe. Diese Zeugen würden ebenfalls beweisen, daß tatsächlich das Ehrenwort des Zeugen Loffow gebrochen worden sei. Nun wurde von dem Minister Schweger neuerdings ein angeblicher Wortbruch Hitlers dargelegt und wiederum Hitler in der Desfestigkeit beschimpft. Dagegen habe Hitler selbstverständlich seinen Schritt unternehmen. Man dürfe dem, der angegriffen sei, nicht verwehren, zum Gegenschlag auszuholen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß der Ausdruck „in ungeschickter Weise“ nicht zutrifft. Herr von Loffow sei als Zeuge geladen gewesen und habe auf Fragen antworten müssen. Justizrat Schramm teilte nun mit, daß sich gestern nachmittag die Verteidigung zusammengesetzt und alle bisherigen Beweisanträge einer Revision unterzogen habe. Er bittet, die sämtlichen dem Gericht vorliegenden Beweisanträge als überholt und hinfällig zu betrachten. Statt dessen verlas der Verteidiger

Beweisanträge.

durch sie soll nachgewiesen werden, daß Professor Bauer in Anwesenheit Kahr den Marsch nach Berlin propagiert habe.

Daß Kahr mehreren Zeugen gegenüber erklärte, zum Marsch nach Berlin bereit zu sein, daß Oberst v. Seiffert in einer Polizeibeamtenversammlung anfandigte, die Reichsregierung werde abgesetzt und zum Zwecke des Vormarsches gegen den Norden würden Landespolizeitruppen bereit gestellt;

ferner, daß Herr v. Kahr nach der Rede Hitlers im Bürgerbräueller diesem ostentativ beide Hände ergriffen habe,

daß Loffow im Nebenzimmer zu Ludendorff in bestimmter Form geäußert habe: „Exzellenz, Ihr Wunsch ist mir Befehl!“

Daß Oberst v. Seiffert am 8. November abends seine Frau angerufen habe und ihr freundlich die Mitteilung gemacht habe, daß er zum Reichspolizeiminister ernannt worden sei usw.

Die Verteidiger Gademann, Lüdgerbrunne, Jeschowitz übergaben dem Gericht ebenfalls sehr umfangreiche Beweisanträge, worauf die Staatsanwaltschaft erklärt, sie müsse auf dieses umfangreiche Beweismaterial der Verteidiger auch auf ihren Zeugen bestehen. Sie erliegt unter andern, noch den Grafen Soden darüber zu vernehmen, daß er am 7. November Herr v. Kahr darauf aufmerksam machte, daß von Seiten Hitlers Schwierigkeiten entstehen könnten, daß aber Kahr erwiderte, man habe ja die Zustimmung Hitlers, daß er nichts unternehmen werde.

Hierauf wurde in das

Krenzerhör des Oberst v. Seiffert

eingetreten, nachdem der Vorsitzende bemerkt hatte, daß der Zeuge Loffow nicht da sei und das Gericht entscheiden werde, ob er nochmals vernommen werden soll. Justizrat Schramm bezeichnete die Entfremdung Loffows als eine

Präzisierung der gesamten Verteidigung

und eine große Unfreundlichkeit gegenüber dem Gericht. Ein Zeuge habe nicht das Recht, sich eigenmächtig zu entfernen. Wenn Loffow nicht freiwillig ercheine, solle das Gericht ihn notwendigerweise vorführen lassen. (Bewegung im Saal. Bravorufe!) Der Vorsitzende verlangt, daß sich der Bravo rufer melde, es melde sich ein Student, der auf Verlangen des Vorsitzenden sofort den Saal verläßt.)

Staatsanwalt Dr. Stengel ein bemerkt, der Zeuge Loffow sei wohl in der Ueberzeugung weggegangen, daß er nicht mehr nötig sei. Wenn das Gericht es für notwendig findet, könne er eine weitere Ladung veranlassen. Oberst v. Seiffert verlangt, daß Oberleutnant Kriebel angehe, ob er Dr. Weber am 9. Oktober und dem Zeugen gegenüber zugesagt habe, er werde in einem Konflikt zwischen der bayerischen Regierung und Hitler seine Pflicht vorantstellen. Der Angeklagte Kriebel bestätigt, daß die Erklärung Webers dem Sinne nach so gelautet hat. Dr. Weber bemerkt demgegenüber, daß für den Kampf-bund die

bayerische Regierung durch den Generalstaatskommissar verkörpert

wurde; gegen den Befehl des Generalstaatskommissars aber habe sich keine Maßnahme gerichtet, und was am 8. November unternommen worden sei, hätte sogar die Amtsgewalt des Generalstaatskommissars vergrößert. Oberst v. Seiffert hielt seine Darlegung aufrecht. Die Verteidigung fragte nun Seiffert, ob er am 27. Oktober in der Fürstenstraße vor Polizeibeamten gesagt habe, Teile der Landespolizei würden zum Marsch nach Berlin bereit gestellt, und wenn der Landtag oder die Regierung Schwierigkeiten machten, würden sie aufgelöst und abgeführt. Seiffert bot demgegenüber sämtliche Offiziere der Landespolizei München als Zeugen an, daß er niemals einen derartigen Lu-sinn gesagt habe, weil ein Marsch nach Berlin immer als vollkommen unmöglich und absolut gegen die Ziele des Generalstaatskommissars angesehen wurde. Auch von der Ablegung des Landtages sei nie die Rede gewesen, sondern höch-

Stimme schrie: Wer einen Slavenerzieher braucht, der laufe den Aristokles aus Athen, einen der Schritt kundigen Mann.

Nur zwei Betrachter hielten sich vor dem Stande des Anrufers auf, ein noch junger Mann und ein Greis in einem sauberen, aber abgenutzten Mantel. — „Wer verkauft diesen Menschen?“ fragte der jüngere der beiden und blickte neugierig die hochgewachsene Gestalt des Slaven.

„Polis, der Spartart, der ihn auf seiner Fahrt nach Syrakus erbeutete,“ erwiderte der Anrufer, ein großer großer Kerl.

„Sage lieber Polis, der Spartart, der das Gerecht brach und antast mich nach Athen zu führen hier den Aegineten in die Hände lieferte,“ sagte der Sklave mit stolzer Stimme.

„Diesen Menschen sollte ich als Erzleiber für meine Kinder kaufen?“ rief der junge Mensch aus, diesen Menschen, der als Athener einem Spartaner traute! Er wird sie lehren, daß Sünde und Mägen im Frieden leben können und Eulen und Mäuse sich verbrüdern!“

„Sollte das nicht möglich sein Aeginet?“ erwiderte der Gefangene, „wenn die Götter den Sünden und Lagen und Eulen und Mäusen Verstand und Gerechtigkeit verleihen würden, wie sie es den Menschen identen! So freilich bist Du im Recht und verachte diesen Polis mit unvernünftigen, ungerechten Hunden, Katzen, Eulen und Mäusen.“

„Ich sehe daß Du vom Stamme der Sophisten bist, die sich in Athen schwanz herumtreiben,“ rief der Aeginet. „Aber ich will nicht, daß meine Knaben von einem Eurers Gelichter verdorben werden und die Klänge der Vorverdringung und des Stänkerns lernen. Sage Deinem Herrn, dem Spartaten Polis, daß er so anständige Ware hier auf Aegina kaum loschlagen wird.“ Also sprach er und wickelte sich zornrot und innerlich befriedigt in seinen Mantel und schritt weiter. Der Anrufer aber wandte sich an Ari-

stokles und sagte barock: „Daß Du Dein Väter-mantel hältst, Bürche, sonst werde ich Dir die Fäuste in die Rippen pflanzen, daß Dir die Knochen brechen und Du Deinen Väterobem verlerst!“

„So gedenkst Du also Deinen Herrn zu ich-digen, indem Du seine Aegina schädlich?“ fragte Aristokles und sah dem Aufseher ruhig in die Augen. Da nun, als dieser gerade etwas Grobes und Hartes erwidern wollte, trat der Greis in dem abgetragenen Mantel näher, musterte die Gestalt und das Gesicht des Slaven mit klugen, blinzelnden Augen und begann: „Was alles weißt Du und was verheißt Du, Aristokles?“

Und dieser sprach: „Soviel nur weiß ich und soviel nur habe ich erkannt, daß ich nichts anderes weiß und nur eine keine Ahnung eines Wissens habe, wie wohl der Traum im Dämmer der Nacht den Menschen etwas Fernes und Schönes zeigt. Gelernt habe ich nur, was ein freier Mann lernt, Ringkampf, Wettlauf und den Fünfkampf. Auch vermag ich die Leiter zu schlagen und weiß die Berse der Dichter. Handwerle aber der Bau-nausen bleiben mir fremd!“

„Was Du gelernt hast, Aristokles, ist zwar viel,“ entgegnete ihm der Greis, „doch wird es Dir als Sklave wenig nützen. Was Du aber weißt, ist außerordentlich und es ist nicht abzugeben, ob Dir dieses Wissen förderlich oder schädlich ist. Doch begehre ich Dich zu kaufen, wenn der Anrufer nicht zu teuer ist.“ Und er begann mit dem großen Menschen zu unterhandeln und erkundete den Menschen um vier Minen. Danach gab er ihm zu folgen und schritt mit ihm durch das Gemähl des Marktes, bis sie zu einem kleinen Hause auf der obersten Höhe gelangten. Und der Athener Aristokles mußte seinem Herrn, dem Aegineten Eumenes, dienen und alles leisten, was ein Sklave leisten muß, der bei einem Herrn ist, der seinen anderen Sklaven liebt. Er mußte Rübren braten und Fleisch heden, er

Der Sklave von Aegina.

Historische Legende von Friedrich Fressla.

Es war um die dritte Stunde nach Sonnenauf-gang. Durch die engen Straßen von Aegina bewegte sich hügelhinauf eine lautschwägende Menge von Männern, die mit nackten Armen in der Luft schoben oder nachdenklich ein Stück Knoblauch in den Mund steckten, und den eifrigen Worten der Redenden lauschten. Hier und da, wo ein Absatz auf der Straße war oder eine haltige Krümmung die Hüterzüge verschob, fiel der Blick auf die tiefblauen Wasser des Saronischen Meerbusens, die da, wo die Pfeile des Sonnengottes die sich regenden kleinen Wellen trafen, hell aufblitzten, als sprühten Funken vom iraheltraffenen Feuersteine. — Einmütig strömten die Männer hinauf zum Markte. Schiffe waren im Hafen gelandet von Aegina, aus Syrakus, von den Inseln, vom Pellespont, die Kriegesbeute und Sklaven gebracht hatten. Von edlen attischen Mädchen sprachen bärtige Schiffer, die beim Meerbade geraubt worden seien, von köstlichen ebenen Witzkrügen aus der Chalcidie, von kräftigen pfluggewohnten Männern aus dem Pontos Eurinus. Eifrig schwärmend mit geringen Widen strömten die schwarzbraun gebrannten Meerfahrer und die helleren Städter durch die Säulengänge, die den Markt umgaben, vorbei an der Nebenerbühne zum Eingang des Kaufmarktes, der auf der rechten Seite lag und durch die Rückwand des Zeus-tempels und durch die Seitenwand eines Heroengrabmals eingegengt, gleichsam durch einen dünnen Haas mit dem übrigen Plage verbunden war.

Ringsum an den Füßen der grauweißen Wände, die noch im blauen Schatten ruhten, da die Sonne erst den oberen Kranz der einen Mauerseite vergolbete, standen und saßen die zum Kaufe bestimmten Sklaven. Gleichmütig

Die Lage in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 14. März. Die Beilegung des Konfliktes in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird dadurch außerordentlich erschwert, daß der imdikalitisch-kommunistische Industrieverband für die Chemie, der den Kampf unter Ausschaltung der Gewerkschaften führt und dabei von der separatistischen Rheinischen Arbeiterpartei unterstützt wird, den Standpunkt vertritt, daß er allein zu Verhandlungen befugt und berechtigt sei, während die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik Verhandlungen mit der illegalen Organisation des Industrieverbandes ablehnt und nur bereit ist, mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

Drachtflicher Spätnachtdienst

Die Wahlen im besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 14. März. (Drachtfber.) Durch die Auflösung des Reichstages ist die in der letzten Zeit wiederholt erörterte Frage, ob die Reichstagswahlen auch im besetzten Gebiet, vor allem auch in der Pfalz, stattfinden können, akut geworden. Wie wir hören, stehen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratische Partei der Pfalz auf dem Standpunkt, daß auch die Bewohner des besetzten Gebietes ihr Wahlrecht ausüben müssen und daß sie an der Ausübung dieses staatsbürgerlichen Rechtes nicht verhindert werden dürfen, zumal die staatsbürgerlichen Rechte der Bewohner des besetzten Gebietes und die deutsche Zivilverwaltung von den Verleumdungsmächtigkeiten ausdrücklich garantiert sind. Die politischen Parteien verlangen daher, daß die Reichstagswahlen in der Pfalz alschleunigst wie im unbesetzten Deutschland ausgeschrieben werden, daß jedoch mit dem Ausschreiben, das nach dem Rheinlandabkommen zur Genehmigung der Interalliierten Rheinlandkommission vorgelegt werden muß, das Verlangen nach Zulassung unbedingter Wahlfreiheit verknüpft werden muß. Zur Wahlfreiheit im besetzten Gebiet gehören: freie Ein- und Ausreise für die Kandidaten, Presse- und Versammlungsfreiheit, ungehinderte Wahlagitierung und die Erlaubnis der Rückkehr der Ausgewiesenen zur Teilnahme an den Wahlen. Den Ausgewiesenen muß also ein Gleichsitz zur Rückkehr in das besetzte Gebiet für den Tag der Wahl ausgestellt werden.

der damals obwaltenden Umstände eine Feststellung getroffen, die auf die Schlußfolgerung hinausläuft: Es ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, daß Herr von Daeften es unterlassen hat, die politischen Stellen von seiner Unterhaltung mit dem amerikanischen Mittelsmann zu benachrichtigen, da die amerikanischen Forderungen nicht angeleitet waren, die deutsche Regierung zu Verhandlungen zu ermutigen. Nach alledem kann von einer verpackten Friedensmöglichkeit wohl nicht die Rede sein.

Die Mietsteuer.

Berlin, 14. März. (Drachtfber.) Laut „Totalanzeiger“ findet heute und morgen in Weimar eine Konferenz der mit dem Mietwesen betrauten Stellen der Länderregierungen statt. Ihr Hauptzweck ist der Austausch der Gedanken und Meinungen über die Mietsteuer, die gemäß der dritten Steuernotverordnung auf 25 Prozent der Friedensmiete festgesetzt werden soll.

Technische Nothilfe im Hamburger Hafen.

Berlin, 14. März. (Drachtfber.) Nach Blättermeldungen aus Hamburg wird der große amerikanische Dampfer „Britsburg“, der gestern mit Lebensmitteln beladen, von Neuworf im Hamburger Hafen eingetroffen ist, von zweihundert Werkludanten entladen. Am Dienstag wird diese Arbeit beendet sein und das Schiff dann von den Werkludanten in das Dock der Vulkanwerft gebracht werden. Ruhebrüngen seitens der freitenden Hafenarbeiter sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Rußland protestiert gegen die Beschlüsse des Völkerbundes bezüglich des Memellandes.

Moskau, 14. März. (Drachtfber.) Wie die offizielle russische Telegraphenagentur mitteilt, hat der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, I. Schifflerin, dem litauischen Gesandten in Moskau eine Note überreicht, in der Rußland sein Interesse an der Memelfrage erklärt. Gleichzeitig richtete Schifflerin eine Note an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte, worin jede Lösung der Memelfrage, die ohne Beteiligung der Sowjetunion getroffen werden sollte, für null und nichtig erklärt wird.

Frankenöhnung und deutsche Regierarbeiter.

Darmstadt, 14. März. Etwa 800 Arbeiter, die im Dienste eines französischen Unternehmens standen, das die kleine Lokomotivwerke von der französischen Seite gepachtet hat, sind ausgezogen, weil sie wegen des dauernd findenden Frankens werkschließende Maßnahmen gefordert hatten. Der Direktor der Werke hat sich anfangs den Auseinandersetzungen aus, da er die Fortdauer der Arbeiter nicht ernst nahm. Als nun endlich eine klare bestimmte Antwort gefordert wurde, erfolgte ohne jede weitere Erklärung die Ausperrung.

Verschiedene Meldungen

Antrag auf Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 14. März. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat einen Antrag auf Landtagsauflösung eingebracht und die Regierung aufgefordert, die sächsischen Landtagswahlen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen.

Der Prozeß gegen den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner.

Leipzig, 14. März. (Drachtfber.) Die Sitzung des heute beginnenden Prozesses gegen den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, dem schwere Verbrechen im Amt zur Last gelegt werden, wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet. Vor Beginn der Sitzung leitete der Vorsitzende des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner den Vorsitzenden Richter, sowie die Beisitzer Landgerichtsrat Eißler und Kaut ab, da sie vollkommen deutschnational eingestellt seien. Hinzukomme, daß Dr. Zeigner den Herren als ihr Vorgesetzter Vorkhaltungen gemacht habe. Zum Schluß gab der Verteidiger die Anregung, das Landgericht Dresden mit diesem Prozeß zu beauftragen, weil gerade in Leipziger Juristenkreisen eine starke Antipathie gegen Dr. Zeigner vorhanden wäre. Sollte dieser letztere Antrag nicht genehmigt werden, müßte er die Aufrechterhaltung der Abrechnung vorziehen. Oberstaatsanwalt Seifert beantragte die Ablehnung des Antrags. Hierauf zog sich der Gerichtshof zu einer Beratung zurück.

Aura nach 10 Uhr betrat der Gerichtshof wieder den Saal. Der die Erhebungen leitende Richter verkündete als Beschluß, daß das Gesuch

Der deutsche Gesandte für Belgien.

Brüssel, 14. März. (Via. Drachtfbericht.) Der neue deutsche Gesandte in Brüssel von Keller wurde heute vom Außenminister empfangen. Herr von Keller wird am Samstag dem König sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Zur Geschichte der Kriegsjahre.

Berlin, 14. März. (Drachtfber.) Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beim Reichstag hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung zu dem Friedensschritt des damaligen Chefs der Auslandsabteilung der Obersten Seeresleitung Oberst v. Daeften im Frühjahr 1918 im Haag nach Erwägung

auf Ablehnung der drei Richter als unbeständig abgelehnt werden. Nach eingehender Begründung dieses Beschlusses übernahm der Vorsitzende Kizjowski wieder die Verhandlungsführung. Nach Erledigung der Personalien wurde der Eröffrungsbescheid über die Anklage verlesen. Gegen 13 Uhr trat eine eineinhalbstündige Pause ein.

Der Beleidigungsprozeß des Nürnberger Oberbürgermeisters.

Nürnberg, 14. März. Im Beleidigungsprozeß gegen Reichert hat das Gericht heute das Urteil gefällt. Reichert wird wegen fortgesetzter Beleidigung und übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis verurteilt unter Zubilligung einer Bewährungsfrist bis 1. April 1927 für den Fall, daß er innerhalb von drei Monaten 1000 Goldmark für die Nürnberger Kinderhilfe zahlt.

Die Militärkontrolle in Augsburg.

Augsburg, 14. März. Die interalliierte Militärkontrollkommission weilt vor einigen Tagen in Augsburg. Ihre Tätigkeit scheint aber wenig ergiebig gewesen zu sein, da sie sehr rasch wieder verwich.

Um die deutsche Schule in Oberschlesien.

Genf, 14. März. Der Völkerbundsrat hatte in seiner heutigen Nachmittagsitzung über eine Forderung der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien zu entscheiden, die gegen das polnische Verbot der Eröffnung einer deutschen Schule protestierte. Da inzwischen die polnische Delegation dem Völkerbundsrat mitgeteilt hat, daß die Schule nunmehr am 3. März

eröffnet wurde, begnügte sich der Rat damit, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen und erklärte den Fall für erledigt.

Die Löhne im Ruhrbergbau.

Essen, 13. März. Bei den gestern in Essen stattgefundenen Verhandlungen über die Löhne im Bergbau wurde ein Schiedspruch gefällt, der im wesentlichen die Bergarbeiterlöhne unverändert läßt. Die von den Unternehmern geforderten Spannungslöhne, die von den Arbeitnehmern abgelehnt worden waren, sind im Schiedspruch nicht enthalten.

Die Beratungen der Sachverständigen mit Dr. Schacht.

Paris, 14. März. Reichsbankpräsident Dr. Schacht nahm an der gestern nachmittag 5 Uhr stattgefundenen Sitzung des Währungsunterausschusses teil, um sich an der Ausarbeitung der Statuten für die Goldemissionsbank zu beteiligen. Die Arbeiten sind nicht zu Ende geführt worden. Dr. Schacht ist nach Berlin abgereist. Er wird die Verhandlungen mit dem Unterausschuß am kommenden Mittwoch fortsetzen.

Die auf England gerichteten französischen Gesandnisse.

London, 14. März. Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär Conynon, daß die im Briefe Macdonalds an Poincaré enthaltenen Anspielungen auf die Waffenstillstände Frankreichs sich nicht auf die weittragenden Geschäfte beziehen, die an der französischen Küste aufgestellt worden seien. Die britische Regierung be-

sitzt keine genaueren Angaben über die französische Verita, und sie beabsichtige keineswegs, in dieser Angelegenheit in Paris Schritte zu unternehmen.

Englischer Waffenschmuggel nach Nordafrika.

Paris, 13. März. Nach einer Blättermeldung aus Madrid ist ein spanisches Kanonenboot mit einer englischen Nacht im Schlepptau in Ceuta eingelaufen. Die Nacht ist von dem Kanonenboot in dem Augenblick aufgebracht worden, als sie sich anschickte, an der Küste für die Eingeborenen Waffen zu landen.

Eine Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt.

Berlin, 13. März. (Drachtfber.) Einer Blättermeldung aus Kopenhagen zufolge nahm der dänische Reichstag einen Gesetzesentwurf an, betreffend den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt. Die Kosten des Baues werden auf 43,50 Millionen Kronen veranschlagt. Nach Ansicht der Sachverständigen bestehen bei dem Bau keine besonders großen technischen Schwierigkeiten.

Ein Dampfer mit 26 Mann gesunken.

Paris, 13. März. Nach einer Blättermeldung aus New York ist der Dampfer „Santiago“ bei Kap Hatteras gesunken. Von der 35 Mann starke Besatzung sind 26 Mann in den Fluten ertrunken.

Bunte Chronik

Eiferjuchtdrama auf der Straße. Der Berliner Polizeioberwachmeister Baier hat am Freitag seine Geliebte, die Modistin Maife, auf der Straße erschossen. Nach der Tat sagte er sich selbst eine Kugel in den Schädel, die ebenfalls den Tod herbeiführte.

Die Nichte des früheren deutschen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, Fräulein Hilda, die von Berni Schauspielerin ist, und die sich seit einigen Wochen bei der Familie eines Dubacher Fabrikanten aufhält, ist spurlos verschwunden. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.



Glänzend ist das Resultat, Geldersparnis keine Mühe, Wer Erdal im Hause hat spart schon zeitig in der Frühe. Erdal Schuhpasta Bohnerwachs Werner & Mertz A.-G. Mainz

müßte die Räume des Hauses kehren und die Arbeiter seines Herrn säubern. Und er tat es, ohne zu murren aber so ungewohnt Arbeit. Eines Abends aber, als sie am Herdfeuer saßen, begann Eumenes und sagte zu ihm: „Sage mir, Athener, wenn Du es vermagst, den Gesang Homers, in dem er befragt, wie Ddysseus auf Ithaka landet, ohne seine Heimat zu kennen, und sich zu Eumäus fahle, der die Schweine weidete.“

Mit klavogvoller Stimme sprach Aristoteles die Worte des Dichters, während Eumenes ihm aufmerksam zuhörte. Als er aber zu den Versen kam, in denen Homeros befragt, wie Eumäus seinen alten Herrn erkennt, da stieß er einen langen Seufzer aus. „Was jenseit Du, Athener?“ fragte Eumenes, „bejenseit Du Deine verlorene Freiheit oder das Schicksal des Ddysseus?“

der, der sich aus den Fährnissen und Täuschungen, die durch die Irrfahrten und Erfahrungen dieses Scheitlerlebens entstehen, in die Heimat seiner Selbstbeherrschung rettet, aus der er ausgezogen ist, wie um den Reichthum eines fernen Ithion zu gewinnen, von dessen Schätzen ihm aber nichts bleibt.“ Da erhob sich Eumenes, der Greis, und ging auf den Sklaven zu: „Nimm diesen Becher voll Wein, Aristoteles“, sagte er, „und gib mir kund, wie Du in die Sklavenschaft des Volksgelietes?“ — Der Athener erzählte: „So wisse denn, mich berief Dionysius, der Drunax aus Syrakus, zu sich, auf daß ich ihn Geometrie lehre und Gerechtigkeit. Aber eines und das andere blieben dem Sinne des Tyrannen verschlossen. Einst bewies ich ihm, daß jedem Tyrannen die rechte Mannhaftigkeit fehlen müsse: denn ein Mann ohne Jurdt erriegt allein, der Kraft seines Geistes vertransend, die Führerschaft über andere Männer. Er ordnet sich gern aus freier Wahl dem Einsichtigen unter, wenn es das Wohl des Staates erheißt. Ein Tyrann aber behauptet nur durch Gewalt und geworbene Schmeichelei die Herrschaft, und die ständige Sorge vor der Selbstliebe raubt ihm den Verstand und die Selbstbestimmung. So daß die rechte Mannhaftigkeit schwindet. Da geriet der Tyrann in Jörn und fragte mich, in welcher Absicht ich nach Syrakus gekommen wäre. Ich aber gab zur Antwort: „Um einen tüchtigen Mann zu suchen!“ Das verdros ihn, und er hieß Pollis, den Spartiaten dessen Triere er mich anvertraute, die Gastfreundschaft brechen und mich hier in Megina, das mit Athen in Fehde liegt, als Sklaven zu verkaufen. So Du aber, Herr, das Unrecht, das Du auf diese Insel verpflanzt hast, weil Du mich kaufst, ausreuten willst und den gahligen Zeus verhöhnen siehst, so schreibe an Dion in Syrakus. Wenn wird er Dir das fünfzigfache der Kaufsumme erzeihen, wenn Du mich frei läßt!“

Worten habe ich Dich erkannt, Aristoteles, Sohn des Arktion, den sie den Platon nennen! Wahrlich, Platon, offenbar ist nun Dein edler Sinn! Ich jeder andere wäre mir schon am ersten Abend mit diesem Vorschlag gekommen und hätte auf eine so hohe Freundschaft gepocht. Du aber fügest Dich dem Verhängnis und wartest mit Besonnenheit, bis der Abend kam, an dem die Schicksalstafel einem Sklaven ein solches Anliegen erlaube. Schon als ich Dich auf den Sklavemarkte sah, mußte ich, wer Du seist, denn ich habe Deine Neben oftmals in Athen gehört, ich habe oftmals verhöhnt wie ein Bettler hinter einer Steinmauer oder einer Brunnenbank gelaucht, wenn Du mit Deinen Freunden zu sprechen pflegtest. Und oft habe ich mich gefragt: „Ist der Sinn dieses Mannes derselbe, wie der Sinn seiner Rede?“ Nun aber weiß ich's genau und mit Freude erfüll's mich, daß ich so hohe Erkenntnis mit vier Mienen erkaufte. Nicht bedarf es des Dion! Morgen noch, Platon, werde ich Dich in einem verborgenen Raden in eine Buadt Attikas geleiten. So magst Du erkennen, daß Du, irrend zwar, wie Ddysseus, dennoch am Ende Deiner Reife Gerechtigkeit findest!“

Theater und Musik

Im Badischen Landestheater stellte sich Herr Paul Smoln von Berner Stadttheater als Gög vor. Eine große, natürliche Erscheinung, ein diegsames Organ, eine beachtliche Gestaltungskraft sprechen für den Debitanten. Humor und Würde, Kraft und Ergebenheit, wie diese besonders in der Sterbezene zu schönem Ausdruck kam, lassen eine weitere Probe wünschenswert und aussichtsreich erscheinen. Für klassische Darstellung dünkt der Nachweis erbracht, die Wiedergabe einer modernen Rolle würde ein schließliches Urteil wohl ermöglichen.

Ein Dns-Gastspiel in Rußland. Cleonore Duse, die vor ihrem endgültigen Scheiden von der Bühne noch einmal ganz Europa bereisen will, hat, wie der „St-Expres“ mitteilt, den Plan gefaßt, auch in Rußland zu gastieren. Ihr Besuch um Einreiseerlaubnis zum Zweck eines Gastspiels in Moskau und Petersburg liegt den betreffenden Sowjetbehörden bereits vor.

Aus dem Karlsruher Kunstleben.

Capar Ritter-Gedächtnisausstellung.

Der Bad. Kunstverein veranstaltet vom 15. März bis 15. April eine Ausstellung des künstlerischen Nachlasses des längst verstorbenen Professors C. Ritter an der Karlsruher Kunstakademie. Die erste Darbietung wird das Malwerk des verstorbenen Künstlers umfassen u. einen Einblick in sein ganzes Schaffen geben. Ritter war ein gesuchter und geschätzter Porträtist der gehobenen Gesellschaftskreise, deren Geschmack er in Haltung, Zeichnung und Akolorit entsprach. Auch seine Bildform kam der Ausstattung der höheren bürgerlichen Gesellschaft entgegen. So wird also eine Ausstellung noch einmal einen Einblick nicht bloß in die Entwicklung des Künstlers geben, sondern auch in die Umgebung, für die er schuf, und weiterhin auch dartun, aus welchen Anfängen und Durchgangsstationen er sich entwickelt hat. Aber darüberhinaus wird noch einiges Ueberraschende, weil bis jetzt wenig Bekanntes, oder ganz Unbekanntes, zutage treten. So wird die Ausstellung auch landschaftliches und Stilllebenartiges, Interieurmalerei und sonstiges koloristisches und luministisches Studienwerk bringen. — Eine spätere Ausstellung soll Zeichnungen und Skizzen enthalten.

Der Anflug der Besatzungskosten.

Von Professor Dr. H. Hennig.

Die Zeitung der Rentenbank hat bekanntlich feierlich an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, worin sie betonte, sie halte es für unangenehm, die Rentenbank vor einer Wiederholung der Inflation und vor Entwertung dauernd zu schützen, wenn die Zahlungen für die Besatzungskosten im bisherigen Ausmaß fortgesetzt würden. Kurz vorher hatte die Regierung, um Deutschlands guten Willen zu betonen, beschlossen, die Besatzungskosten weiter zu zahlen, so unerträglich auch diese Belastung zu sein scheint, deren Höhe vom Reichsfinanzminister auf monatlich 70-80 Millionen Rentenmark veranschlagt wurde: d. h. auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine monatliche Ausgabe von 1,20 bis 1,25 M. auf eine 5-köpfige Familie also eine Monatszahlung von über 6 Rentenmark für gänzlich unbrauchbare, kulturwidrige, ja geradezu national schädliche deutsche feindliche Zwecke!

Die sehr bestimmt gehaltene Erklärung der Rentenbank verheißt die Regierung in eine ebensolche Lage, gab ihr aber andererseits auch die Möglichkeit, das Problem der Besatzungskosten auf eine vernünftige Basis zurückzuführen. Eine englische Regierung, in der ein Ramsay Mac Donald der führende Kopf ist, hat ebenmäßig wie die amerikanische, für die jetzt der erfindend energische und unorthodoxe General Dawes die Leistungsfähigkeit Deutschlands an Ort und Stelle untersucht hat, irgendetwas Interesse, Deutschlands ohnehin stark verminderte Reparationsmöglichkeiten durch geradezu sinnlose finanzielle Lasten immer weiter zu schmälern, wie es durch den riesigen Komplex aller der Fragen, die unter dem harmlosen Begriff "Besatzungskosten" zusammengefaßt werden, fort und fort in geradezu unerträglich Weise geschieht.

Müssen die an sich kulturwidrigen und unmoralischen Besatzungskosten überhaupt auch jetzt noch zu Deutschlands Lasten gehen, so darf gefordert werden, daß ihre Höhe auf das unbedingt notwendige eingeschränkt und nicht absichtlich durch französischen Übermut und französische Unvernunft so stark wie nur irgend möglich in geradezu größter Weise gesteuert wird.

Weshalb man denn im deutschen, im englischen, im amerikanischen Volk, das Deutschland in nur 17 Jahren, vom Herbst 1920 bis Sommer 1922, unter dem Titel "Besatzungskosten" für die Entente, zumeist für die Franzosen, unter vielen, vielen andern Völkern auch z. B. Indern, bezogen bezahlte: 3500 Kinderbetten (1), 800 Damenstuhle (1), 500 Friseurstühle (1), 200 Bide (1), ferner 180 Klubschneidapparate, 2100 Polstermöbelschneidapparate, 680000 Meter Bettuchstoff, 158000 Meter Gardinenstoff, 180000 Teppiche, 500000 verfilberte Geschlechte, 69000 Speisefertige, 45000 Seifen, 58000 Schnapsaläser und unzählige andere Dinge, lauter Sachen, die der Franzose als Eigentum betrachtet und einfach nach Frankreich mitgehen heißt, wenn er dort hin zurückkehrt. Ist eine solche geradezu blödsinnige Wertschätzung des deutschen Volkes nun wirklich nötig? und halten es England und Amerika wirklich mit ihrer Ehre vereinbar, daß der mit ihrer Beihilfe in den Versailler Vertrag hineingebrachte Begriff "Besatzungskosten" so schamlos umgebogen und umgelogen wird, um dem schrankenlosen Luxusbedürfnis gewisser französischer Militärfarvennis, die in ihrer Heimat oft in wenig kulturwürdigen Verhältnissen gelebt haben, auf Deutschlands Kosten jährlings Verbilligung zu verschaffen? Deutschland ist ja heute auch gegen die übergeschnappten Anforderungen, sobald diese als Bedürfnis der französischen Besatzung ausgegeben werden, völlig wehrlos.

Saben die "Großen Vier", als sie uns Deutschen in Versailles die "Besatzungskosten" aufbrummen, dabei wirklich im Sinne gehabt, daß darunter auch die Ausgaben für die 22 Bordelle zu verstehen seien, die die Franzosen schon

bis Ende 1922 (heute sind es viel mehr) in 19 deutschen Städten eingerichtet haben und wofür sie die Rechnungen unter dem Vorwand, es handle sich um "notwendigen Zubehörs der Kasernen", auf Heller und Pfennig dem deutschen Steuerzahler zur Begleichung haben präsentieren lassen? oder auch die sehr reichlich bemessenen Gehälter für die unzähligen Angestellten der vielen, vielen französischen Zeitungen und Zeitschriften, die teils in deutscher, teils in französischer Sprache, die ungenierte Deutsche hebe treiben, alle deutschen Gefühle, Einrichtungen und Sitten in den Schmutz ziehen und die französische Kultur verhimmeln und als die dem weitausverwandten Rheinland einzig angemessene hinstellen — im Gegensatz zu dem dem Rheinland völlig fremden Wesensart der "Navi-geren" (!!) Preußen. Aber auch diese den Separatismus predigenden Schundpresse-Gezeugnisse müssen mit sämtlichem Drum und Dran von Deutschland a conto ("Besatzungskosten") bezahlt werden.

Wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher, so ist allerdings nicht zu sehen, wie wir der von der Rentenbank geforderten Einstellung sämtlicher Zahlungen für Besatzungskosten schließlich entgehen sollen. Ein gangbarer Ausweg ist nur zu finden, wenn die Gegenseite guten Willen zeigt, und wenn alle irgendwie überflüssigen Besatzungskosten strengstens vermindert werden. Die deutsche Regierung sollte jedenfalls keinen Zweifel daran lassen, daß sie künftig nur für solche Besatzungskosten aufkommt, die in dem Versailler Vertrag und dem Rheinlandabkommen zweifelsfrei begründet sind. Man sollte meinen, daß sie damit nicht nur in der gesamten neutralen Welt, sondern auch in England und Amerika volles Verständnis finden würde. Vielleicht ist sogar heute der richtige Augenblick gekommen, daß Deutschland getrost noch einen Schritt weitergehen und erklären kann: Wenn nicht in einer bestimmt bemessenen Frist die Besatzungsmächte in vollem Umfang die ursprünglichen Grundlagen des Versailler Vertrags wiederherstellen, so wird Deutschland gezwungen sein, seine Verpflichtung zur Bezahlung der Besatzungskosten einer Revision zu unterziehen. Unsere finanzielle Verbindung ist zum wesentlichen Teil davon abhängig, daß die Zahlungen für die Besatzungskosten auf ein wirklich erträgliches und vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

Vom Deutschtum in Finnland.

Das Deutschtum in Finnland besteht nicht wie das des benachbarten Baltikum aus Kolonisten und deren ähnen Nachkommen, sondern es ähnelt eher dem früheren Deutschtum der großen russischen Städte wie etwa Petersburgs. Die deutschen Einwanderer, größtenteils Männer des Handels und der Industrie, die nach Finnland kamen, sind vielfach der Entdeckung ausgeht; wir finden sie in den verschiedenen Städten der Finnifizierung oder Schwedifizierung begriffen. Schon in der zweiten Generation ist oft die deutsche Muttersprache verschwunden. Nach dem Kriege trat auch hier, wie E. von S. Äggelgen in einem Aufsatz im Jahrbuch 1924 des Deutschtums in Lettland ausführlich, in härterer Weise als vorher bemühtes nationales Denken und Pflege des eigenen Volkstums in die Erscheinung.

Zahlenmäßig ist das Deutschtum Finnlands nur schwach; es zählt schätzungsweise etwa 4500 Köpfe. Davon leben mehr als die Hälfte, etwa 2500, in der Hauptstadt Helsinki, etwa 1100 in Wiborg, so daß sich auf das ganze übrige Land nur etwa 1000 Deutsche verteilen. Die meisten von ihnen gehören zum Handel und Gewerbe, doch gibt es neuerdings auch aus Deutschland eingewanderte Fabrikarbeiter, sowie hin und wieder deutsche Vertreter der freien Berufe, deren Tätigkeit allerdings die Kenntnis der beiden Landessprachen voraussetzt. Vereinzelt haben sich Kleingrundbesitzer niedergelassen, darunter auch Baltten.

Schon vor dem Kriege bestand in Helsinki eine deutsche Elementarschule, lange Jahre vom deutschen Wohltätigkeitsverein verwaltet. Nach dem Befreiungskriege wurde mit dem Ausbau der Schule zu einer Volksschule begonnen, und die Schule hatte nun einen unerwartet starken Zulauf. Im Früh-

lingsemester 1923 wurde sie von 225 Kindern besucht, von denen die Hälfte aus Finnern und Schweden bestand. Außerdem gibt es noch einen Kindergarten, der von 40 Kindern besucht wird. Um die steigenden Kosten der Schule zu decken, wurde im Herbst 1922 ein eigener Schulverein gegründet, der die Schule übernahm. Sie soll bis zum Abiturientenexamen durchgeführt werden, ist aber vorläufig in ihrem Ausbau noch nicht sicher gestellt. Außer einer kleinen Elementarschule bei der Papierfabrik Parkans gibt es sonst keine deutsche Schule.

Die Vereinsaktivität der Deutschen ist nach dem Befreiungskriege mächtig angewachsen. Der älteste Verein ist der seit 1898 bestehende "Deutsche Verein" in Helsinki. Auch in Abo, Wiborg, Vaasa, Tammerfors und Lappeenah bestehen deutsche Vereine. In Helsinki gibt es außerdem einen Frauenverein, einen Männergesangsverein, einen Theaterzirkel und einen Turn- und Sportverein.

Eine größere gesellschaftliche Rolle als die genannten deutschen Vereine, deren Mitglieder hauptsächlich Reichsdeutsche sind, spielen die deutsch-finnischen Vereine, in denen Finnländer und Deutsche zusammengeschlossen sind. Diese Vereine, die alle während oder nach dem Befreiungskriege entstanden sind, und die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen beider Völker zum Zweck haben, umfassen einen großen Teil der besten finnischen und schwedischen Gesellschaften. Die bedeutendsten sind: die finnisch-deutsche Gesellschaft, der finnland-kämpferverein und der deutsch-finnische Frauenverein. Die Verhandlungssprache in diesen Vereinen ist deutsch, und eine großzügige deutsch-sprachige Gesellschaft ist ihnen zu verdanken.

Waren die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen Finnlands zu Deutschland schon von alters her besonders reg, so haben sie sich seit der Befreiung vom russisch-bolschewistischen Joch, die sich das finnische Volk mit Hilfe der deutschen Truppen unter Führung des Grafen von der Goltz errungen hat, ganz außerordentlich eng und innig gehalten. Das zeigt sich nicht nur in der großzügigen Hilfsbereitschaft, die für Deutschland geübt wird, nicht nur in den regen, wissenschaftlichen Beziehungen, im Theater, wo die deutschen Klassiker neben modernen deutschen Stücken nicht fehlen, in der Helsinki-Oper, die unter deutscher Leitung steht, sondern auch im Handel und Verkehr beider Länder.

Swar besteht in Finnland keine deutsche Zeitung, aber Pastor Virael, der Pfarrer der deutschen Gemeinde in Helsinki, einer der hervorragendsten Vorläufer des Deutschtums, gibt ein kleines Gemeindeblatt "Deutsch-evangelisch in Finnland" heraus. Außer der deutschen Gemeindezeitung, die als gesellschaftlicher Sammelplatz eine bedeutende Rolle spielt, gibt es in den 13 wichtigsten Städten des Landes deutsche Konsulate.

Möge das kleine Häuflein der Finnlanddeutschen auch fernerhin mit in erster Linie dazu beitragen, diese erfreulichen Beziehungen zu pflegen und zu vertiefen, damit das Wort "Nordisch" aus dem "inneren Verwandtschaft" zwischen beiden Völkern immerdar seine Gültigkeit behalte!

Bezeichnende Beispiele.

Das deutsch-französische Ausgleichsverfahren. Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

An das bekannte Märchen vom Wolf und Lamm erinnern zwei neuere Entscheidungen des Deutsch-Französischen Gemischten Schiedsgerichtshofs.

Bei der ersten handelt es sich darum, daß ein in Darmstadt am Kriegsausbruch überraschendes französisches Ehepaar seine Koffer auf dem Bahnhof in Darmstadt zur Beförderung nach Paris über Straßburg-Avicourt aufgegeben hatte und jetzt nach Artikel 297 des Versailler Vertrages Ersatz des Wertes der Koffer nebst Inhalt verlangte, da die Gepäckstücke angeblich von den deutschen Behörden infolge außerordentlicher Kriegsmaßnahmen zurückgehalten worden und in Paris nicht angekommen seien. Von deutscher Seite wurde

darauf hingewiesen, daß die Koffer die deutsche Grenzstation Avicourt erreicht hätten, dieser Ort sei aber im Anfang des Krieges von französischen Truppen besetzt worden und es sei fest, daß diese Truppen sowohl die auf dem Bahnhof lagernden Gepäckstücke geplündert, wie solche Veränderungen von Seiten der Einwohner von Avicourt und Umgebung geduldet hätten, während es ihre Pflicht gewesen wäre, das auf dem Bahnhof lagernde Gepäck zu schützen. Das Schiedsgericht hat der Klage stattgegeben und Deutschland verurteilt mit der Begründung, daß die deutsche Regierung, nachdem sie die Gepäckstücke einmal zurückgehalten habe, auch verpflichtet gewesen sei, für deren Sicherheit zu sorgen.

Es soll hier nicht erörtert werden, ob diese Entscheidung richtig ist und den Bestimmungen des Vertrags von Versailles entspricht. Jedenfalls beweist sie das einmal, daß Deutschland zur Unterzeichnung eines Vertrages genötigt worden ist, dessen Auslegung durch französische Richter dazu führt, daß Deutschland für Schäden einzustehen hat, für die französische Truppen verantwortlich sind.

In der zweiten Sache handelt es sich um eine Klage aus dem Ausgleichsverfahren. Dieses Verfahren ist dazu bestimmt, die Vorkriegsgeldschulden zwischen Parteien der Genueerstaaten zu regeln. Die Regelung erfolgt durch Ausgleichsämter, welche miteinander und dann im innerstaatlichen Verkehr mit ihren eigenen Staatsangehörigen abrechnen. Dabei werden alle Markforderungen in Franken valorisiert, und zwar, wie hier nicht im einzelnen dargelegt werden kann, auf Kosten des Reiches. In diesem Falle hat ein Franzose Klage gegen eine bekannte deutsche, im Saargebiet ansässige Firma erhoben. Diese wandle ein, daß das Ausgleichsverfahren auf das Saargebiet nicht anwendbar sei. Das Deutsche Reich habe im Saargebiet keine Hoheitsgewalt, das Reichsausgleichsamt gelte dort nicht und alle Verträge der deutschen Regierung, mit der Regierungskommission des Saargebietes Vereinbarungen über die Einführung des Ausgleichsverfahrens in diesem Gebiet zu treffen, seien ohne Schuld der deutschen Regierung ergebnislos geblieben. Demnach habe das deutsche Ausgleichsamt weder die Mäßigkeit, die angemessenen Forderungen zu prüfen und die Bewohner des Saargebietes zur Ausweitung der Forderungen und zur Anmeldung ihrer Forderungen zu zwingen noch sei es imstande, mit den deutschen Schuldnern abzurechnen. Dieser Zustand sei eine Folge der für das Saargebiet getroffenen besonderen Regelung, wie sie durch den Versailler Vertrag herbeigeführt sei, also denselben Vertrag, durch den Deutschland verpflichtet werde, am Ausgleichsverfahren teilzunehmen. Das Schiedsgericht hat die deutsche Firma trotz dieser Einwendungen verwurteilt und erklärt, alles das, was über die Anwendung des Ausgleichsverfahrens im Saargebiet vorgebracht worden sei, sei eine innere deutsche Angelegenheit.

Es ist dies dasselbe Bild, welches uns so oft auf dem Gebiete der großen Politik entgegentritt: Man nimmt Deutschland zunächst die Möglichkeit, seine inneren Verhältnisse zu ordnen; wenn es dann erklärt, es könne die in dem Versailler Vertrag auferlegten Pflichten nicht erfüllen, weil es durch die französischen Maßnahmen selbst gehindert werde, die Voraussetzungen dieser Erfüllung zu schaffen, so erklärt man dies für eine innere Angelegenheit Deutschlands, die an seinen außenpolitischen Verpflichtungen nichts ändere. Das ganze Versailler Zwangsabklatz beruht auf dieser gemeinen Hinterlist.

Publikum und Redaktion.

Zusendungen von Beiträgen oder Mitteilungen wolle man nicht an einzelne Redakteure, sondern an die Redaktion (Schriftleitung) des "Karlsruher Tagblattes" richten.

Redaktionsfrist. Für die Abendausgabe müssen Zusendungen bis 1/4 Uhr nachmittags, für die Morgenausgabe bis 11 Uhr nachts in Händen der Redaktion sein.

Anrufe. Es wird gebeten, bei Anrufen die "Tagblatt-Zentrale" zu verlangen und dann den für das gewünschte Ressort verantwortlichen Redakteur.

Was einst als Luxus galt.

Von Dr. Max Kemmerich (München).

Noch im Jahre 181 v. Chr. erregte das Mäßen von Säubern in Rom solchen Anstoß, daß es durch eine eigene zensurische Verordnung verboten wurde. Im Jahre 115 v. Chr., vielleicht auch erst 78, wurde die Einfuhr ausländischer Geschäfte, von Mäßen und Säubern nach Italien verboten. Plinius findet in der fälschlichen Spargelsucht den Beweis einer monströsen Schlemmerei, auch Varro mißbilligt die Verbeisung von Nahrungsmitteln aus fremden Ländern. Seneca und Plinius eifern beide gegen das Mäßen der Getränke mit Säure als naturwidrigen Luxus, was heute auch dem Römern im Süden ein unentbehrlicher Genus ist. Und doch gelten uns die Römer wegen weniger, damals genau so berichtigter Ausnahmen, wie sie es heute wären, als Anzeichen der Schlemmerei!

Kenophon führt als Grund für den Verfall des Perierreiches die Verweichlichung an. Diese geht so weit, daß es im Winter den Venien nicht genüge. Kopf und Leib und Füße zu bedecken, sondern daß sie sogar — Handtische tragen! Plinius verurteilt den Gebrauch von Federkissen als Verweichlichung. Als die Kartragen die Strohsäcke an verdrängen begannen, erregte dies bei unseren Chronisten des 14. und 15. Jahrhunderts mißliebige Aufsehen. Dergleichen zeterien die Historiker, als Himmelbetten aufkamen.

Bekanntlich behauptet das alte Rom keine Straßenbeleuchtung. Mit Fackeln heimgeleitet zu werden, war eine besondere hohe Ansehensbezeichnung, die der Senat verdienten Staatsmännern verlieh. Jeder andere hatte sich mit dem Mondlicht zu begnügen. Das Beleuchtungswesen im Altertum blieb überhaupt immer sehr primitiv.

Statt nun eine Verbesserung, die erst das Mittelalter durch die Erfindung der Talalichter und Wachskerzen brachte, mit Dank hinzunehmen, eiferten die Chronisten dagegen. Sie bevorzugten aus moralischen Erwägungen die alte Fackelbeleuchtung, wiewohl der Ruf Augenentzündungen hervorrief und die Luft verpestete.

Johann Wurfio, ein mittelalterlicher Schriftsteller Italiens, kann sich über die Schlichtheit der Welt nicht lassen, weil — man große Vorträge von eingemachten Früchten und Kompotten ansetze. Uebrigens ging es uns während des Krieges ganz ähnlich, als die große Menge der danklosen in den Tag hineinlebenden es als unlosial verachtete, daß andere weitblickend genug waren, zur rechten Zeit vorzukommen! Nur die Motive waren in beiden Fällen andere, dort eine naive Züchtelreue, hier Neid.

Das Mittelalter bediente sich bekanntlich bei Tisch nicht der Gabel. Das Fleisch wurde geschneitten aufgetragen und wurde mit Löffeln, Fingern und Brot aus den Schüsseln herausgeholt. Die älteste Darstellung eines mit der Gabel Speisenden fand sich im Kodex des Klosters della Cava im Fürstentum Salerno aus dem 11. Jahrhundert. Die Miniatur stellt den König Rotharius mit der Krone auf dem Haupte tafelfind dar. Er hält Messer und Gabel in der Hand, während der Diener ein gebratenes Ferkel aufträgt, ein anderer einen Trankbecher freudenz. Aber noch Jahrhunderte später galt der Gebrauch der Gabel als ein Zeichen von empfindlicher Verweichlichung. Das geht ganz unzweifelhaft aus einer Erzählung des 14. Jahrhunderts vom berühmten venezianischen Chronisten und Staatsmann Andrea Dandolo hervor: eine Dogentochter sei in Konstantinopel so läppig gewesen, daß sie, statt mit den Fingern, mit einer zweiseitigen goldenen Gabel gegessen habe. Dafür werde sie natürlich vom Himmel fürchtbar gestraft: sie ver-

breitete schon bei Lebzeiten Leichengeruch. In Deutschland hat sich die Gabel erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts stärker eingebürgert.

Ein englischer Chronist beklagt sich noch im Jahre 1577 darüber, daß so viele Kamme errichtet würden. Auch die irdenen und zinnernen Schüsseln an Stelle der bisherigen aus Holz vermehrt er als Luxus. Uebrigens waren hölzerne Teller bei uns viel länger in Gebrauch, als man vermuten sollte. Späteren doch noch gegen Mitte des 18. Jahrhunderts in Genua sogar die reichlichen Bürger auf Holz. Daneben wurde allerdings eine unnütze Verwendung mit Silber getrieben, das nicht nur zu Kochgeschirren und Waschtischen, sondern sogar zu Treppengeländern Verwendung fand.

Das Gewürz war noch zu Ende des 16. Jahrhunderts bei uns so kostbar, daß etwa die Hofordnung Herzogs Albert von Mecklenburg bestimmte, der Hofküchenschreiber müsse schwören, daß er das allmonatlich empfangene Deputat so verwahre, daß niemand in seiner Abwesenheit dazu kommen könne und es ausschließlich für die fürstlichen Speisen verwende. Diese Bestimmung scheint aber noch nicht eindrucklich genug gewesen zu sein, denn es heißt weiter: "Die Gewürze, Zucker, Safran, Cannel, Ingwer, Pfeffer, Muskatblumen und Nägelein soll der Hofküchenschreiber in einer verschlossenen Lade halten und alle Mahlzeiten, wenn die Mundstücke die Speisen abwürgen wollen, dieselben heraustragen und aufstellen, auch dabei sein und bleiben, bis die Essen gewürzt und Abtunng darauf geben, daß nicht mehr herausgenommen, als zu dem Essen für den Fürsten nötig, und daselbst sofort aus der Lade in das Essen getan werde, danach er die Lade wieder zuzuschließen und in seine Verwahrung nehmen soll."

Als gelegentlich der Ordnung Ludwigs XVI. in der Katzebröle von Reims der Königin ein

Appartement eingerichtet wurde, das man mit einem Klotz mit Wasserpfähle, "A l'anglaise", wie man diese Heizung nannte, ausstattete, galt dies als eine nicht mehr zu überbietende Kriecherei! Dieser unerbittliche Luxus, der so ganz aus dem Rahmen des sonst auch bei Hofe üblichen heraussiel, entzündete weiteste Kreise. Masenfester, die in England in den Kirchen schon 674, in Privathäusern seit 1180 nachweisbar sind, waren noch 1567 ein solcher Luxus, das man sie auf den Landhöfen der Großen während der Abwesenheit des Herrn aus den Rahmen nahm und verwahrte.

Die Luxusverbote von Genf sind bekannt. Aber selbst das weit toleranter Bern verordnete in dem Jahre 1571, daß in den Schenken niemand über Sonnenuntergang verweilen dürfe, oder mehr als zehn Schillinge verzehren sollte. Selbst das Müllertier und Dichten sowie das Tanzen bei der Weisheit war verboten. Die Hugenotten in Frankreich aber unterlagen jeden Diebstahl, jeden Tanz, jede bunte Farbe der Kleidung und künstliche Haartracht. Noch heute gibt es Volksklagen, in denen der Gebrauch der Zahnbürste als unzulässiger Luxus gilt.

Gebet.

Gib, daß ich Feld sei, Ackerfrume, Die winterlange feiert still. Die neben mancher jählichen Blume Dem Leben Brot noch spenden will.

Daß drüber hin, wenn sie gelenz, Die hohen goldnen Stunden relanz; Die ausgewählte, spät belanz, Erbarmend hüllt in fruchtbar Schweigen.

Georg Jüngling.

Wirtschafts- und Handelsteil.

Berliner Börse.

Gebesserte Stimmung.

Berlin, 14. März. (Von unserem Berliner Handelskorrespondenten.) Die getriggerten Nachrichten von der Eröffnung neuer Erdölquellen auf dem Terrain der Deutschen Erdöl-Lieferungs-Gesellschaft in der Provinz Hannover hat die Börse überaus lebhaft bewegt.

Auch die Sicherung der schätzlichen Goldkredite durch erneute Öffnungen hinsichtlich der reichlichen Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Einfuhrdevisen, sowie der Schaffung der internationalen Kredite, man vertritt sich davon eine kräftige Belebung der Gesamtbankwirtschaft.

Die Geldverhältnisse tragen ebenfalls zur Belebung der Börse mit. Heute war tägliches Geld mit 1 pro Mille und damit sehr reichlich angeboten. Rentenmarkkredite für 2 1/2-3% monatlich.

Im Devisenverkehr sieht naturgemäß die Bewegung des französischen Franken an den Weltbörsen im Vordergrund des Interesses. Im Wechselhandel ging heute der Kurs für das englische Pfund auf 94 1/2 Francs zurück.

Die Bankmarkt lagen Discontos im Hinblick auf die Vorränge bei der Deutschen Erdöl A.-G. wieder fester, + 0,5; Berliner Handelsbank + 0,25. Die Kurse der übrigen Banken blieben unverändert.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 14. März. (Drahtber.) Die Börse verkehrte bei kleinem Geschäft zu behaupteten Kursen. Bad. Anilin 19 1/2, Abenania

3/4, Westeregeln 25, Benz 4%, Dampffessel Rosenberg 6, Gebr. Fahr 11, Waggon Jucho 2, Germania-Einoleum 14, Hedderheimer Kupfer 8 1/2, Knorr Heilbronn 8, Dingler Masch. 6, Redard, Fahrzeug 6 1/2, Pfalz, Nähmaschinen 3 1/2, Rhein-Elektro 1 1/2, Mannh. Gummi 3 1/2, Maschinen-Badenia 1 1/2, Freiburger Ziegel 3 1/2, Bank & Kredit 4 1/2, Jucker, Frankenthal 5, Jucker, Bagdäfel 5, Salzw. Heilbronn 9 1/2, Rhein. Creditbank 3 1/2, Sauer 1 1/2, Continental Verleumdung 70, Frankfurter Akt. 100, Frankf. Allg. Neue 90, Mannh. Ver. 85, 100, Hoffmanns-Söhne 9 1/2, Melland 1.

Seebericht für Februar 1924.

(Mitgeteilt von der Firma Carl Schaller, See-Import, Karlsruhe).

Weltmarkt. Die Seepreise blieben im Februar im wesentlichen unverändert. Für seine Qualitäten zeigte sich bei kaum ausreichendem Angebot lebhaft Nachfrage, die ein leichtes Anziehen der Preise bewirkte. In den unteren Qualitäten war dagegen vorübergehend auf größeres Angebot eine allerdings nur unwesentliche Abschwächung zu bemerken, die sich leider sehr rasch wieder ausglich.

Die Marktsverhältnisse in Europa wurden durch den Londoner Seearbeiterstreik in Mitteleuropa gezogen. Er hatte in der zweiten Monatshälfte eine Störung in den Zufahren und Ablieferungen zur Folge, so daß auch die Auktionen in London während zweier Wochen teils nur in beschränktem Umfang, teils gar nicht, stattfinden konnten.

Deutsches Inland. Die in den Monaten Dezember und Januar lebhaft Nachfrage des deutschen Inlands nach See hat im Februar, wenn auch in etwas geringerer Umfang, angehalten. Die jetzt seitens des Inlandhandels trotz des zweifellos vorhandenen starken Bedarfs geübte zögerliche Zurückhaltung dürfte auf die erneut aufgetretenen Schwierigkeiten in der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel zurückzuführen sein.

A.-G. Vatschari Baden-Baden. Die Aktienmehrheit, die sich in den Händen einer Bankengruppe befindet, ist durch die Familie Vatschari zurückübernommen worden. Starkes Interesse an der Gesellschaft habe nun ein unter Führung von Janitor u. Securitas, Berlin, gebildetes Konsortium angenommen, dem die Firma D. u. J. de Neufville-Frankfurt a. M., Baruch Strauß, Frankfurt a. M., Karl E. Herrmann & Co., Baden-Baden angehören.

Bahische Motorlokomotivwerke A.-G. in Rosbach. In der außerordentlichen Generalversammlung hob der Vorsitzende hervor, daß es gelungen sei, durch gewisse konstruktive Änderungen im Bau des hydraulischen Ventils-Getrie-

bes Motorlokomotiven mit vollaus hinreichendem Wirkungsgrad heranzustellen. Weiter wies er auf die Inzestengemeinschaft, die die Gesellschaft mit der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe abgeschlossen habe, hin. Es sei eine besondere Motorlokomotiv-Verkaufsgesellschaft m. b. H. Baden in Karlsruhe unter Teilnahme der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe und der Motorenwerke Mannheim vorm. Benz gegründet worden. Dieser G. m. b. H. ist inwieweit vom Reichsverkehrsministerium die Bestellung von drei Lokomotiven in Stärke von 180 und 250 PS erteilt worden. Die Grundlage für den Bau von Motorlokomotiven ist durch das Zusammenwirken der erwähnten beiden Gesellschaften mit den Motorenwerken Benz nunmehr geschaffen. Die vorliegende Bilanz wurde genehmigt und beschlossen, den Reingewinn von 93,3 Millionen Papiermark auf neue Rechnung vorzutragen. Von der Ausschüttung einer Dividende wird abgesehen.

Auf der Freiburger Weinbörse vom 13. März konnten trotz eifriger Nachfrage mangels Einigung über die Preisfrage nur einzelne Posten abgesetzt werden. So z. B. 30 hl Kaisertrüber 2er zu 52 Mk. pro hl, sowie ein Posten Markgräfer, mittlere Lage 2er und 2er zu 100 Mk. pro hl. Brautweine waren reichlich angeboten.

Hamburger Altmittelmarkt vom 11. März. Kupfer 116-118 Rotkupf. 93-96, Messing, Leicht 64-66, Messingpappe 69-72, Messingguss 76-77, Blei 55-56, Zink 48-51.

Frachtermäßigung für lebendes Vieh. Auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, hat das Reichsverkehrsministerium mit Wirkung vom 15. Februar bis zum 31. Mai d. J. eine Frachtermäßigung für den Transport von lebendem Vieh zugestanden, die noch nicht allgemein bekannt zu sein scheint. Diese erhebliche Frachtermäßigung bezieht sich auf die Beförderung von lebendem Vieh auf Entfernungen von 450 Kilometer und darüber in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Mai d. J. Sie beträgt für Rindvieh der Klasse S 2 30 v. S., für Schafe der Klasse S 3 und 4 und Schafe der Klasse S 4 20 v. S.

Viehmärkte. Auf dem Pforzheimer Schlachtviehmarkt wurden beauftragt für Ochsen und Rinder, 1. Kl. 42-46, 2. Kl. 32-38, Ferkel 28-37, Kühe 20-30, Schweine 72-75 n. Körper 55-60 Pf. je Hund Lebendgewicht. Auf dem Viehmarkt in Donaueschingen war der Handel flau. Käufer folgten 70 bis 100. Milchweine 25-45, das Paar. Auf dem Schweinemarkt in Haslach i. A. wurden bei recht gutem Geschäftsgang die gleichen Preise bezahlt. Auf dem Großviehmarkt in Haslach zahlte man für Ochsen 825-1100 Mk., für Kühe 400-500, für Rinder 220-250 und für Kalbinnen 460-620 Mk. Auf dem Schweinemarkt in Leberlingen kosteten Ferkel 42-66 Mk. und Käufer 72 bis 105 Mk. das Paar. Der Handel war schleppend. Auf dem Schweinemarkt in Markdorf fanden Ferkel 55-60 Mk. und Käufer 85-90 Mk. das Paar. Der Handel war lebhaft.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Kapitalbeschaffung für die Goldbank.

Die die „Post“ mittels, liefern in der Reichsbank die Betrittserklärungen sowohl der Berliner Bankiers als auch der Großbanken der Provinz zum Garantiefonds für die Aktion der Goldbank in solchem Umfang ein, daß die Unterbringung der einen Hälfte der Goldbankaktien, für welche die deutsche Bankwelt in Betracht kommt, gesichert ist.

Zur Rentenbankumlage.

Die uns die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe mitteilt, hat das Reichsfinanzministerium auf der Frage, in welcher Weise die Belastung der einzelnen Unternehmungen auf dem Gebiet der Rentenbank und die gegenüberstehende Beteiligung am Vermögen der Rentenbank in die Steuerbilanzen aufzunehmen sind, wie folgt Stellung genommen:

Da zwar der durch die Höhe der Grundschuld beim der Schuldverschreibung angegebene Passivposten feststeht, für die abstenmäßige Bewertung der Beteiligung am Vermögen der Rentenbank und die Bewertung des Rücklagenanspruchs aber keine festen Anhaltspunkte vorhanden sind, andererseits für die Vermögenssteuerbilanz der Betrag der Rentenbankschuld beim der Schuldverschreibung nicht abzuschießen ist, bestehen beim Reichsfinanzministerium keine Bedenken, wenn auch die Aktivseite in der Vermögenssteuerbilanz unberücksichtigt bleibt. Wesentlich für die Einkommensteuerbilanz ist das Reichsfinanzministerium der Ansicht, daß die Bewertung des Aktivpostens dem Ermessen der Steuerpflichtigen überlassen werden kann. Es bleibt also freigestellt, ob die Steuerpflichtigen den Aktiv- und den Passivposten in gleicher Höhe ansetzen, oder ob sie glauben, den Aktivposten höher bzw. niedriger als das Passivum bewerten zu müssen. Die Herausgabe von Bewertungsvordrücken ist beim Reichsfinanzministerium weder für die Vermögens-, noch für die Einkommensteuerbilanz vorgesehen.

Umsatzeurausfuhrliste für Februar 1924.

Der Reichsfinanzminister hat, wie uns die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe mitteilt, die Umsatzeurausfuhrliste auf Goldmark für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen Zahlungsmittel wie folgt festgesetzt:

Table with 2 columns: Currency and Value. Includes entries like Danzig 100 Gulden 76,86 Goldmark, Estland 100 est. Mark 1,11, Griechenland 100 Drachmen 7,16, etc.

Geschäftliche Mitteilungen.

Große Ersparnisse werden in der bürgerlichen Wirtschaftsführung erzielt, wenn die Hausfrau die Verteilung und Instandhaltung von Garbetrock und Wäsche selbst übernimmt. Sowohl die „Deutsche Wochenschrift“ als auch der „Hausliche Ratgeber“, die bekanntesten und überall beliebten Familien- und Wochenschriften aus dem Verlag Otto Beyer in Leipzig wollen bei der Lösung dieser Aufgabe mit gutem Rat zur Seite stehen. Sie bringen alle 14 Tage nicht nur eine Fülle fleißiger Haus- und Wirtschaftsratschläge, sondern auch einen großen Reich an Romanen, Novellen und Aufzügen aus allen, die Frau interessierenden Wissensgebieten und vielen praktischen, in Küche und Haus wertvollen Ratschlägen für die notwendigste geistige Anregung und Unterhaltung. Die heutige Ausgabe enthält: Karl Konstantin, Karlsruhe, Vullstr. 6, Telefon 2351, hat der heutigen Ausgabe eine Broschüre beige gefärbt, die die besondere Bedeutung unserer Referenten verdient.

Berliner Kursbericht

Die Kurse verstehen sich in Billionen Prozent.

Table of stock prices under 'Versch. festverzinsliche Werte' and 'Bank-Aktien'. Lists various banks and their share prices.

Table of stock prices under 'Eisenbahn-Aktien' and 'Industrie-Aktien'. Lists various industrial and railway companies.

Table of stock prices under 'Eisenbahn-Aktien' and 'Industrie-Aktien'. Lists various industrial and railway companies.

Table of stock prices under 'Eisenbahn-Aktien' and 'Industrie-Aktien'. Lists various industrial and railway companies.

Table of stock prices under 'Schiffahrts-Werte' and 'Kolonialwerte'. Lists shipping and colonial companies.

Sport-Spiel

Firn Schnee im Schwarzwald.

ca. vom Schwarzwald, 14. März. (Privat.) Das trübende und klare Wetter hält im Gebirge weiter an. Die ständige Aufwindung und die nächtliche Wärmehaushaltung...

Herrenwies: morgens -6, tagsüber plus 3. Firnschnee, Waldwege putzig, prächtiges Sonnengewitter. Elbschnee reist auf bis Schwarzwald...

insland: Schneehöhe 220 Zentimeter, Firnschnee, sonnig, -6, Ostwind, Elbschnee nach allen Richtungen bis 600 Meter abwärts gut...

März in Oberrombach nur Durchführung. Start und Ziel sind auf dem Turnplatz des dortigen Turnvereins. Der Lauf führt für Jugendturner bis zu 18 Jahren über 1 1/2 Kilometer...

BERUFS-KLEIDUNG JEDER ART OFFERIERT: H. WEINTRAUB KRONENSTR. 52

Offene Stellen Tüchtiges Zimmermädchen das etwas neben dem u. Liebe zu Kindern hat...

Sparfam wirtschaften hilft Süßstoff. Er spart teuren Zucker, ist rein, süß und bekömmlich.

BERUFS-MÄNTEL JEDER ART OFFERIERT: H. WEINTRAUB KRONENSTR. 52

Bad. Leib-Grenadier-Verein (E.V.) Wie setzen die Kameraden von dem Ableben unseres lieben Kameraden...

Kapitalien Geld-Darlehen erhält, rechtlich Vorgebiet, Güter, Bausparung...

Verkaufe Garten-Verkauf circa 30 Ar, mit 2 Jungbäumen, Kabinen, Dachstuhl...

Kaufgesuche Bücherfracht dunkel, geputzt, Angebote mit Preisangabe, unter Nr. 7981 ins Tagblatt...

Einige Wohn- und Geschäftshäuser, geeignet, auch Vertriebshaus in guter Lage, wenn auch nicht bebaubar...

LERNT SPRACHEN! METHODE RITTER LEOPOLDSTR. 1 AM KAISERPLATZ ENGLISCH - FRANZÖSISCH ITALIENISCH - SPANISCH - PORTUGIESISCH

Pfänder-Verfeinerung. Am Mittwoch, den 19. März 1924, vormittags von 10 Uhr an...

Geld-Darlehen finden Sie durch Ka. Wo. Ge. Stefanenstr. 76, Tel. 1210

Stellen-Gesuche Tücht. Friseur zum baldigen Eintritt gesucht. A. Hildenbrand, Erbprinzenstraße 31.

Schweizerischer Bankverein Schaffhausen Aktientapital und Reserven Fr. 153 000 000.

„Palmengarten“ Herrenstr. 34a Telefon 4605 Sonntag, 16. März, nachm. 5 Uhr ab

Verlag C. F. Müller, Karlsruhe i. B. Ritterstraße 1. Telefon 297. Bei uns sind folgende Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts über die letzten Wahlen in Baden...

Zu vermieten ein schön möbliertes Zimmer m. elektr. Licht in ein. Hof, Herrin od. Frau, am 1. April 1924...

Damenschneider jüngerer, selbständiger Arbeiter, I. Tarif Zuarbeiterinnen nur tadellos vorgebildet, mit Prüfungsergebnissen...

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Spedition Fuhrunternehmung Lagerhaus Fuhrgeschäfte aller Art / Güterbesättiger An- u. Abfuhr von Stückgütern u. Waggonladungen...

Anstellung im Ausland Einkommen verdoppelt, Vom Handwerksburschen zum Kommerz-Rat. Anstellung als Dolmetscher / Vom Kontoristen z. Prokuristen aufgerückt / Als Übersetzer tätig...

Wohnungsaufbau 20-35 Personen fassend, im Schwarzwald, bei Bad Säckingen...

Mußendienst Zum möglichst sofortigen Eintritt suchen wir einen geschulten Durchgehenden...

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Spedition Fuhrunternehmung Lagerhaus Fuhrgeschäfte aller Art / Güterbesättiger An- u. Abfuhr von Stückgütern u. Waggonladungen...

Methode Toussaint-Langenscheidt eine fremde Sprache erlernen. Um unseren Unterricht kennen zu lernen, brauchen Sie keinen Pfennig auszugeben...

Gute Werkstätte mit Lager, evtl. Büro u. Wohnz., möbl. Zentrum, zu mieten gesucht...

VERTRETUNG an nur gut eingeführten, branchekundigen Herrn. Angebote unter Nr. 7973 ins Tagblattbüro erbeten.

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Seifenflocken Pflanz 66 Pfennig bei Gebro. 1 Ansatz 25 A, 1 Heberzieher, auf 25 A...

Photographie! Tel. 2420 Olga Klinkowström Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 243

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29-30

Rennert
Seifenpulver
 Frei von schädlichen Bestandteilen.
Gebr. Rennert
 Mannheim-Karlsruhe
 Überall erhältlich.
 Leiter- u. Kofferwagen
 in allen Größen u. Sorten.
 Einigeäder empfiehlt billigt
 F. Deß
 Kaiserstraße 123.
 Erfahrener Fachmann übernimmt noch einzelne Hausvermietungen.
 Angebote mit Nr. 7924 ins Anblattsüß erbet.
 Bitte ausschneiden! Reparaturen an Möbeln, von Aufholern, auch Pianos, auch Besen von Korbmöbeln. Karte anliegt. Amalienstr. 12. 3. St.

Frühjahr 1924

Wir zeigen von heute ab in unseren Schaufenstern, sowie in den Abteilungen Konfektion Putz und Kleiderstoffen die neuesten Schöpfungen der Mode für das Frühjahr

GESCHWISTER KNOPF

Pfannkuch & Co.
 Eingetroffen: **Edite**
Franfurter Würstchen
 10ct
 3 Paar
1.15
Pfannkuch & Co.
 Abonnenten berücksichtigen die Inseraten des **Karlsruher Tagblatt**
Prima Bürsten bei **Gebo**

Winschermann G. m. b. H.
 Karlsruhe i. B.,
 Kohlen-Groß- und Kleinhandlung,
Rheinreederei.
 Große Lagerplätze mit den modernsten Auslade-Vorrichtungen. Bezugsquelle erstklassiger Brennstoffe aller Produktionsgebiete.
Zentralheizungskoks
 Nuß- u. Stückkohlen Fettschrot
Langenbrahm - Anthrazitkohlen
 Braunkohlen-Briketts Eiform-Briketts
 Steinkohlen-Briketts Grudekoks
Brennholz
 werden von uns in jedem Quantum zu billigsten Preisen prompt mit **eigenem Fuhr- und Lastkraftwagenpark** geliefert.
 Büroräume: **Stefanienstraße 94** am Kaiserplatz.
 Fernsprech-Anschlüsse: Nr. 815, 816, 582.

Versuchen Sie



Ufra
 Qualitäts-Erzeugnisse:
Ufra-Mischungen mit Bohnenkaffee
 gemahlen (10, 20 u. 35% Bohnenkaffee)
 ungemahlen (20 u. 35% Bohnenkaffee)
Ufra-Malz- u. Kornkaffee
Ufra-Braun (Beste Kaffee-Ersatz)
Acht Ufra-Cichorie
Ufrawerke Schweinfurt a. M.
 Vertreter **August Hornung, Karlsruhe, Postschließfach 48, Fernspr. 737.**

Max Peter
 Waldstraße 3 neben der Rhein-Creditbank.
 Werkstätte für feine Damenschneiderei und Lager in elegant. Damenkonfektion
 zeigt den Empfang sämtlicher Neuheiten für Frühjahr und Sommer an.
 Reiche Auswahl in **Kostümen und Mäntel**
Röcke und Blusen.

Bitte ausschneiden!

Münchener Werkkunst
 Karlsruhe **Maxim. Furrer Adlerstr. 4**
 Ihre ganzen Zimmerdekorationen, wie Fenstervorhänge, Tischdecken, Lampenschirme, Sofakissen etc. etc., wenn hässlich in Farbe, verschossen, fleckig oder geflickt sind, werden von alt auf neu hergestellt, sowie auch neue Stoffe, werden bei uns **geblättelt, bemalt od. bedruckt.**
 Spezialität: „India-Makaja-Batik (Neue Erfindung)“
 Aparte Samt-, Plüsch-, Perl- und Glanzmalerei
 Neuheit! Golddruck japanischer u. chines. Art!
 Prompte Bedienung, sachgemäße Ausführung, billigste Berechnung unter Garantie schonendster Behandlung zugesichert. Jeder Stoff und jeder Gang 5-8 Tage, auf Wunsch auch früher.
 Die Arbeiten werden von Fachmann selbst ausgeführt.
 Muster-Anstellung und Verkauf **aparter Neuheiten** vom 1. bis 30. April 1924 in der Ausstellungshalle „Handwerk und Handel“ Karlsruhe. Damen und Herren, auch Firmen ist Gelegenheit geboten, sich durch unsere Kunstgewerbe im In und Ausland eine sichere Existenz zu gründen. Anlernung geschieht durch Fachmann unter Garantie.

Ein Waggon Schweinefleisch
 gemahlen, pikant gewürzt, in Kisten à 100 Dosen à 250 Gramm eingetroffen. Das Fleisch kann als Aufstrichware und warm auf viele Arten verwendet werden. Außergewöhnlicher Gelegenheitskauf, günstig für Wiederverkäufer.
Fritz Straile, Großhandlung
 Tel. 3900 Karlsruhe i. B., Georg-Friedrichstr. 21 Tel. 3900.

FÜR
OSTERN

Konfirmanten-Hemden
 Konfirmanten-Röcke
 Konfirmanten-Strümpfe
 Konfirmanten-Handschuhe

in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Paul Burchard
 Kaiserstraße 143.

Verlangen Sie nur:
Burkhardtbrod
 das ideale Nahrungsmittel!
 als: **Nuß Weizenschrot Roggenschrot**
 mit Steinmetzmehl nach eigenem Gärungsverfahren, doppelt so nahrhaft wie gewöhnliches Brot. Bläht nicht! — Auch Magen-Kranken bekömmlich!
 Das Brot der Einsichtsvollen!
 Alleinverkauf: Volkswohl-Genossenschaft, Herrenstraße 29.

Linoleum!
 Große Auswahl. Billige Preise!
Fritz Mertel, Kreuzstraße 25
 Verlegetarbeit wird übernommen.

Stühle
 werden bei Verwendung von prima Flechtrohr von 2.30 Ml. an geflochten
Stuhlflechterei Fried. Ernst
 Erbprinzenstraße 31 V
 Postkarte genügt.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen
H. Tintelott, Karlsruhe



Solinger Stahlwaren
 wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacabestecke und mehr
 in Rasiermesser, eig. Fabrikation
 sämtliche Rasierutensilien
 Heh. Tintelott Amalienstr. 43
 Telefon 1182 Basiermesser- und Rasierutensilien

Sieger
 im Kampfe gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung sind
Thymodrosin-Bonbons
 Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien — Hauptniederlage: Internationale Apotheke, Kaiserstraße 80.

Lichtbilder
 für Monats- und Wochenkarten, genau nach Vorschrift, sowie Fotobilder sofort.
Atelier Rausch & Pester, Erbprinzenstr. 3.

Wir liefern in großen sowie kleineren Quantitäten franco mit unserem Lastwagen:
Baum-, Pyramiden- u. Rosenpfähle, fertige Einfriedigungen, Pfosten in Lärchen od. Eichenholz ausgeführt.
 Geil. Anträgen erbeten an
Karl Seuffer, Komm. Ges.
 Dampfsägewerk und Holzhandlung, Herrenalb (Wfthbg.).

Ost-Westfalen

Vorzügl. Tageszeitung mit weiter Verbreitung in allen Kreisen geleitet

Westfälische Neueste Nachrichten
 Bielefelder General-Anzeiger
Bielefeld
 Hervorrag. Handelszeitung
 Erfolgreichste Anzeigenblatt. Hohe Werbetraff

Freistaat Lippe